Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark), durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 290. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: täglich nachmittags von 3—4 Uhr. Sonnabends von 4—5 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 18 153 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 15 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 50 Goldpfennige für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Montag, 15. Juni 1925 — Nummer 52

Heraus mit den proletarischen Gefangenen!

Arbeiter! Wählt Amnestiedelegationen!

Die amtlichen Stellen schweigen noch immer über den Inhalt der angekündigten Amnestievorlage. Ihre Schweigsamkeit ist beredter wie hundert Veröffentlichungen. Gerüchte, sehr präzisierte sogar, gehen aber um. Sie besagen, daß die wochenlangen Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Reich, zwischen Luther-Frenken und Held-Stützel-Braun abgeschlossen sind und daß nun die Reichsamnestievorlage entspricht den Wünschen Bayerns.

Die Straftaten, die nach dem 1. Oktober 1923 begangen wurden, werden nicht amnestiert!

Zuchthausstrafen fallen nicht unter die Amnestie!

Die Amnestie erstreckt sich nur auf die von Reichsgerichten Verurteilten!

Wer wird also amnestiert?

Einige Arbeiter, alle Faschisten kommen frei!

Es wird nicht amnestiert Max Hölz, denn er ist ein Zuchthäusler!

Die Rathenaumörder werden freigelassen, und die Erzbergermörder kommen aus Ungarn, oder der Türkei (oder Bayern) zurück.

Herr von Luttwitz, der Kapp-Putschist, betrachtet offiziell mit seinem Steckbrief als Legitimationspapier und der Oberleutnant Roßbach läßt erklären, daß er sich jetzt „freiwillig" stellen will.

Es werden nicht amnestiert die Arbeiter, die von den Ausnahmegerichten des Herrn Ebert nach den **Märzkämpfen 1921 verurteilt** wurden, denn auch sie sind zum größten Teil „Zuchthäusler", „ehrlose Verbrecher".

Die **Hamburger Oktoberkämpfer** bleiben in der Bastille, denn ihre „Straftaten", nach dem 1. Oktober 1923 begangen, fallen nicht unter die Amnestie!

Alle die **proletarischen Kämpfer des Oktober 1923**, vom Staatsgerichtshof der Republik nach „Recht und Gesetz" „rechtmäßig", „im Namen des Volkes" verurteilt, **bleiben weiter Gefangene!**

Ist das eine Amnestie?

Das ist ein Amnestiebetrug!

Das ist eine „Amnestie", die für die Hindenburg-Republik paßt: die Faschisten dürfen frei herumspazieren, die Arbeiter weiter die Segnungen des republikanischen Strafvollzugs auskosten.

Der Held siegt über Luther, d. h. sie vereinen sich offen **als ein Herz und eine Seele.**

Die Held-Amnestie ist eine Enttäuschung für diejenigen, die da glaubten, **ohne Massendruck** würde die Bourgeoisie ihre Gegner amnestieren, sie ist zugleich eine Lehre, den Druck zu verstärken, daß der Amnestiebetrug verschwindet und die Vollamnestie erkämpft wird.

Dazu ist notwendig, daß der Luther-Regierung der Amnestiewillen der breiten Massen anschaulich gemacht wird. Die **Frauen der politischen Gefangenen** haben bereits durch eine große Delegation starken politischen Eindruck erzielt.

Der Amnestiekampf muß in diesen Wochen zu einer breiten Massenbewegung anschwellen.

Noch einmal müssen in den Gewerkschaften und Betrieben alle Kräfte mobil gemacht werden. Unermüdlich gilt es durch Resolutionen und Anträge den Willen der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen.

Protestiert in den Gewerkschaften und Betrieben gegen den Amnestiebetrug!

Schickt Amnestiedelegationen in den Reichstag und zur Reichsregierung!

Nieder mit dem Amnestiebetrug!

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Der Sicherheitspakt ein Bündnis gegen Rußland

Sowjetrussische Warnungen.

WTB. **Paris**, 13. Juni. „Matin" glaubt in der Lage zu sein, den Inhalt der von der französischen Regierung an die Reichsregierung zu richtenden Note, verglichen mit den deutschen Vorschlägen, wie folgt charakterisieren zu können: **1. Garantiepakt zwischen den am Rhein interessierten Mächten. Dieser Gedanke wird restlos in der französischen Note angenommen.** 2. Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. Dieser Vorschlag wird angenommen **und vervollständigt durch den Vorschlag des Abschlusses eines deutsch-belgischen Schiedsgerichtsvertrags.** 3. Schiedsgerichtsvertrag **mit verschiedenen Staaten. Frankreich erklärt, daß Verträge dieser Art mit Polen und der Tschechoslowakei unerläßlich sind.** Es wünscht hier als Garant aufzutreten und betrachtet dies als die Vorbedingung selbst für den Abschluß eines Sicherheitspaktes **am Rhein. 4. Deutschland** hat verlangt, **daß die Vereinigten Staaten Schiedsrichter und Garanten dieser Pakte seien.** Frankreich weiß, daß diese Einmischung in die europäischen Angelegenheiten der amerikanischen Politik **zuwiderläuft.** — „Matin" fügt dieser Inhaltsangabe noch hinzu, daß Frankreich das Recht erhalten werde, die **entmilitarisierte Zone** bei einer Verletzung des zwischen Deutschland und Polen abzuschließenden Schiedsgerichtsvertrags zu überschreiten.

OE. **Moskau**, 12. Juni. Die „Iswestija" **warnen an** leitender Stelle Deutschland nachdrücklich vor einer Fortsetzung seiner jetzigen Politik. Durch den Vorschlag seines Garantiepaktes habe sich Deutschland vom französischen Druck befreien **und den Zutritt zum Völkerbunde** erwirken wollen; **doch werde es im Völkerbunde dem englischen Einfluß** verfallen. Nach den letzten Noten sei es außerdem klar, daß England-Frankreich gegen Deutschland stets unterstützen und **auch** die Hoffnung **auf Räumung der Kölner Zone sich nicht erfüllen werde.** Ebenso gegenstandslos seien die **deutschen Hoffnungen, daß man es Deutschland gestatten werde, dem Völkerbund beizutreten, ohne sich den Artikeln 10, 16 und 17 über die Beteiligung an Exekutionen gegen andere Staaten zu unterwerfen.** Diese Artikel **seien auf den Sowjetbund zugespitzt** und würden Deutschland zum **Waffenplatz** für Angriffe gegen Sowjetrußland machen.

Indem Deutschland sich auf den Westen und auf den Völkerbund orientiere, setze **es England wieder** seine Beziehungen zu dem Sowjetbunde **aufs Spiel. Wenn Deutschland** trotz der russischen Warnungen diesen Schritt dennoch unternehme, werde der Sowjetbund seine Interessen **auf anderen Wegen schützen müssen,** die an der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland **vorbeiführen.**

Es ist sehr, sehr bezeichnend, wie die Reichsregierung auf diese sowjetrussische Warnung reagiert. Die von Stresemann beeinflußte „Diplomatische Korrespondenz" nennt diese Warnungen „versuchte Quertreibereien". Daraus ist zu ersehen, wie weit bereits die Hindenburg-Regierung in die Netze des englischen Imperialismus geraten ist, wie weit sie schon auf dem Wege ist, Deutschland als Aufmarschgebiet und Kanonenfutterlieferanten in die sowjetfeindliche Front einzugliedern. **Mit aller Kraft müssen demgegenüber die Volksschichten Deutschlands, die die Unabhängigkeit des Reiches wahren, einen Krieg verhindern und den Kampf gegen Versailles fördern wollen, die Forderung der Annäherung an die Sowjetunion vertreten!**

Morgen wird die Note Briands der deutschen Regierung übergeben und dann veröffentlicht werden. Man wird dann aber auch nicht mehr wie allgemeine Redensarten erfahren. Ueber den wirklichen Stand der Verhandlungen und Abmachungen zwischen England und Frankreich wird man nichts zu wissen bekommen.

Die **Pläne Englands gegen Rußland werden** gefördert werden. **Frankreich bekommt auf Kosten Deutschlands Konzessionen.**

„Volksgemeinschaft" in Preußen

Regierung von Deutschnationalen und Sozialdemokraten.

Berlin, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) **Die deutschnationale Landtagsfraktion Preußens hält heute eine Besprechung über die Regierungsumbildung ab. Die Debatte geht um das Ministerium der Volksgemeinschaft, bestehend aus zwei Zentrums-, einem demokratischen, zwei sozialdemokratischen, einem Volksparteiler und zwei deutschnationalen Ministern.**

Neue Militärgerichte

Berlin, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Vom Reichswehrministerium sind dem Rechtsausschuß des Reichstages zwei Gesetzentwürfe zugegangen, die angeblich zur Aufrechterhaltung der Mannszucht und Entlastung der ordentlichen Gerichte dienen sollen und durchaus reaktionär wirken, da sie eine ganze Anzahl von kriminellen Fällen dem Wirkungskreis der ordentlichen Gerichte entziehen und der Militärjustiz unterstellen. Durch die zweite Vorlage, Entwurf eines Gesetzes über militärische Gerichte, wird die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten aus dem Jahre 1918 aufgehoben und der Einfluß der Offiziere auf die militärischen Gerichte wesentlich gestärkt.

Achtung! Warnung! Achtung!

Ernst Ottmann, Eisenach, ist aus dem RFB. ausgeschlossen wegen unproletarischen Verhaltens. Wir warnen vor ihm.

Außerdem ist aus dem Bund ausgeschlossen Tamm, Breslau, der sich Diebstähle bei Kameraden hat zuschulden kommen lassen.

Bundesleitung des RFB.

Die „Volksblöckler" zur Steuerfrage

Von Th. Neubauer.

Steuererleichterungen für die Kapitalisten.

Es sind knapp 8 Wochen her, daß die Herren **Sozialdemokraten, unterstützt durch die gesamte ADGB.-Bureaukratie,** den deutschen Arbeitermassen vorerzählten: es gäbe so etwas wie einen schwarz-rot-gold-republikanischen „Volksblock", der allein **den Kampf gegen den schwarz-weiß-rot-monarchistischen Rechtsblock führen könne und wolle.** Seit dem 26. April wartet die deutsche Arbeiterschaft **mit** größtem Interesse darauf, wann nun eigentlich dieser **Kampf beginnen soll und wie er wohl aussehen wird. Und wartet vergebens!**

Schon stellen **sich die** schwarz-rot-goldenen Wähler **die berechtigte** Frage: Wie **steht's denn mit dem „Volksblock"** und seinem Kampfe? — Lebt er **noch, der „Volksblock"?** — Ist er eines sanften Todes gestorben? — **Oder hat er vielleicht gar niemals gelebt und war das Wort „Volksblock" nur eine Fiktion, eine leere Phrase, eine taube Nuß, ein Pappschwert, ein „frommer Betrug"?**

Die Monarchisten, die Junker und Schwerindustriellen, gegen die der „Volksblock" **den Kampf führen sollte, leben** noch, und zwar sehr aktiv. Sie sind **dabei, die werktätigen** Massen durch Zölle und Steuern **ungeheuerlich zu belasten.** Warum führt denn aber der „Volksblock" **nicht den Kampf** gegen diesen Steuerraub und Zollwucher der Luther-Schlieben-Kanitz? **Ja, warum?**

Bei der Beratung der Steuergesetze im Reichstag und seinem Steuerausschuß **hat die Regierung ihren unsozialen,** proletarierfeindlichen, reaktionären Charakter **aufs offenste** enthüllt. Sie will nicht eine Besteuerung **der Milliardengewinne** der großen Inflationsräuber, **die sich auf Kosten** der **Massen des Proletariats und auch der Mittelschichten aufs schamloseste bereichert haben. Die Regierung hat die Kapitalertragsteuer und die Nebenbesteuerung der ausgeschütteten Gewinne der Aktiengesellschaften fallen lassen;** sie hat für die Besteuerung der Spekulationsgewinne eine Formel geschaffen, die praktisch volle Steuerfreiheit für **diese Spekulationsgewinne herstellt. Darüber hinaus läuft die ganze** Arbeit der **bürgerlichen** Parteien im **Steuerausschuß darauf hinaus, die auf die Kapitalisten fallenden** Steuern systematisch soweit **wie möglich auszuhöhlen.** — Wie verhielten sich nun die „Volksblöckler" **zu dieser Steuer- und** Finanzpolitik der Schlieben-Luther-Regierung **und** ihrer Parteien?

Das Zentrum hat all den eben erwähnten **Maßnahmen der Regierung seinen Segen erteilt. Seine Klöckner, Otto Wolff und Thyssen sind befriedigt. Sie haben ja wahrlich kein Interesse daran, sich selbst zu besteuern. Die Demokraten lassen ihre Steuerpolitik von einem 40fachen Aufsichtsrat, Herrn Dr. Fischer, machen. Dieser „schwarz-rot-goldene" Bundesfreund der Sozialdemokraten ist der Vorreiter großkapitalistischer Interessen; er operiert in engster Fühlung mit Volksparteilern und Deutschnationalen und leitet meist die Vorstöße zur weiteren Aushöhlung der Besitzsteuern höchstpersönlich ein. Er forderte, daß alle Verluste der Kapitalisten infolge persönlicher oder wirtschaftlicher Schädigung vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden könnten; er beantragte, daß** die zu Rücklagen verwandten Gewinne der **Gesellschaften** steuerfrei wären; **er wollte, daß der „arme Unternehmer" für die Einziehung des Lohnabzugs eine Entschädigung in Höhe von 1 Prozent erhalten sollte.** Die Zahl seiner **Anträge** in dieser Richtung ist sehr groß. — **In dieser Gesellschaft der Steuerdrückeberger befindet sich die SPD.; wo sie sich gegen diese Bundesgenossen ausspricht, wird sie von den schwarz-weiß-roten-schwarz-rot-goldenen Kapitalsvertretern niedergestimmt.**

Aber Zentrum und Demokraten stehen auch dort hinter der Luther-Schlieben-Regierung, wo diese den frechsten Raubzug gegen das Proletariat durchführt. Die Regierung, die — wie oben gezeigt — den Kapitalisten überall **ihre** Steuern erleichtert, **hat erklärt, daß die Lohnsteuer mindestens 1200 Millionen Mark einbringen müsse! Die Regierung** hat eine **Senkung der Umsatzsteuer davon abhängig** gemacht, was nach Erledigung aller anderen Steuergesetze an Einnahmen herauskommen würde, so daß die Umsatzsteuer den **Fortfall an Einnahmen aus der durchlöcherten** Besitzsteuer ersetzen soll. Das bedeutet **praktisch: keine** Senkung der Umsatzsteuer!

Aber die schwarz-rot-goldenen Bundesbrüder **der SPD.**, Demokraten wie Zentrum, **stellen sich auch hier hinter die proletarierfeindliche Politik der Regierung. Das** steuerfreie Existenzminimum soll 80 Mark im Monat betragen, **einschließlich der Werbungskosten und Sonderleistungen; das ist etwa 45 Prozent des steuerfreien Existenzminimums der Vorkriegszeit! Die SPD. beantragte** 100 Mark steuerfrei. **Ihre eigenen „Volksblock"-Genossen,** sowohl der Zentrumsmann Dr. Brüning (**Sekretär der** christlichen Gewerkschaften), wie der Demokrat **Fischer, bekämpften diesen Antrag der SPD., so ungenügend er auch** war.

Zentrum und Demokraten machen die proletarierfeindliche Steuerpolitik der Luther-Schlieben-Schiele mit: wie sie auch die Zollvorlagen mitmachen werden.

SLUB
Wir führen Wissen.

Reichstages haben 3 (!) für den deutschnationalen Antrag auf Einführung des 18. Januar als Nationalfeiertag gestimmt; bei dem Antrag über die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Reichsfahne hat sich das Zentrum der Stimme enthalten. Was ist der schwarz-rot-goldene „Volksblock"? Eine „Wahlparole", ein Schwindel, eine Fiktion, die keine Wirklichkeit in sich hat. Und wo ist der „Kampf" dieser Republikaner?

Wenn jetzt die Luther-Schlieben-Schiele-Regierung ihre Steuer- und Zollgesetze durchführen kann, die den werktätigen Massen furchtbare neue Lasten, Teuerung und Hungerelend bringen, so ist das nur dadurch möglich, **daß bei der Abstimmung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag die SPD. der Luther-Regierung das Leben gerettet hat.** Das ist ihr „Kampf gegen die Reaktion"!

Das Märchen von dem herrlichen „Volksblock" ist zu Ende. „Ach, wie bald schwindet Schönheit und Gestalt ..." Aber die Wählermassen, die auf diesen Schwindel des schwarz-rot-goldenen „Volksblocks" hereingefallen sind, was sollen sie tun? Hinweg mit dem Trug! Heraus aus der Kapitalistenfront! Hinein in die rote Front des Proletariats, hinein in die KPD.!

Sieg der Revolutionäre in China

London, 13. Juni. Nach den letzten Meldungen ist es den revolutionären Kuomintag-Truppen, die von Honau aus vorrückten und die Stadt Kanton, in der sich zeitweilig abtrünnige Truppen festgesetzt haben, gelungen, die Stadt zu umzingeln und nach einem heftigen Artilleriegefecht in die Stadt selbst einzurücken. In der Stadt entwickelten sich Barrikadenkämpfe, die sich knapp in der Nähe des Ausländerviertels abspielen. Man zweifelt nicht mehr daran, daß die konterrevolutionären Junnantruppen aus der Stadt endgültig vertrieben werden.

Die letzten Abendmeldungen berichten über den vollständigen Sieg der revolutionären Truppen.

•

Sturm auf die Konsulate.

London, 14. Juni. Nach Meldungen aus Schanghai wurden das englische und das japanische Konsulat in der Stadt Kiukiang von einer erregten Menschenmasse gestürmt und angezündet. Das britische Konsulat konnte von den Angreifern, die zu plündern begonnen hatten, wieder befreit werden, die darauf andere Gebäude ausländischer Gesellschaften plünderten. So wurden das Besitztum der japanischen Schiffahrtsgesellschaft und die Häuser anderer Schiffahrtsgesellschaften völlig eingeäschert. Die Gewalttaten begannen damit, daß mehrere tausend Aufständische, meist Studenten und Arbeiter, in das britische Konzessionsgebiet eindrangen und gewalttätig wurden. Chinesische Truppen trieben schließlich die Aufrührer zurück. Ein japanisches Landungskorps sucht die Ordnung aufrechtzuerhalten. Indessen werden von kleinen Gruppen der Empörer beständig neue Gewaltakte verübt.

„Natürlich russische Offiziere!"

Kanton, 14. Juni. (Reuter.) Der Sieg der Kantontruppen wird auf die Tatsache zurückgeführt, daß sie von russischen Offizieren geführt wurden. Auf der Kantonseite des Flusses befinden sich jetzt 10 000 Mann. Ihr Abzeichen ist die Rote Halsbinde. Gegenwärtig herrscht Ruhe. Geplündert wird nur wenig. Einige Plünderer wurden von den Siegern erschossen. Man fürchtet, daß nach diesem leichten Sieg der bolschewistischen Soldaten die Erbitterung gegen die Ausländer noch steigern wird.

•

Eine neue Protestnote der chinesischen Regierung.

Peking, 14. Juni. (Reuter.) Das Auswärtige Amt stellte der britischen Gesandtschaft einen Protest gegen die Schießerei in Hankau zu, in dem es heißt: Das Auswärtige Amt habe mit großer Ueberraschung vernommen, daß während die Schanghai-Angelegenheit noch nicht geregelt war, ein ähnlich schwerer Vorfall sich in Hankau ereignet habe, wo britische Freiwillige am 11. Juni Maschinengewehre verwendet, 8 Chinesen getötet, 11 verwundet und damit den Grundsatz der Menschlichkeit verletzt haben. Die Note erhebt formell Protest und behält sich das Recht vor, weitere Forderungen zu stellen, sobald der Fall untersucht ist. Sie fordert endlich, daß der britische Geschäftsträger alle Konsuln und sonstigen fremden Behörden anweise, in Zukunft derartige Handlungsweise zu unterlassen. — Der Reuterbericht fügt hinzu, die Ausländer hielten diese Note für ein bemerkenswertes Zeichen der Schwäche der chinesischen Regierung, da sie ein Nachgeben vor der bolschewistischen Presse und den extremen Studenten bedeute, die verlangen, daß China mit seinen Forderungen sich allein an Großbritannien halten solle. Die Studenten fordern weiter die Abberufung des britischen und des japanischen Gesandten aus Peking und der beiderseitigen Konsuln aus Schanghai, sowie die Auslieferung des ausländischen Pol.-Präsidenten von Schanghai an die chin. Regierung, der bestraft werden müsse. Schließlich wird die endgültige Zurückziehung der britischen und japanischen Kanonenboote aus den Gewässern von Schanghai gefordert. Eine weitere Reutermeldung unterstreicht noch einmal die Tatsache, daß der Protest gegen den Zwischenfall in Hankau nicht wie der wegen Schanghai dem Korps der diplomatischen Korps, sondern der britischen Gesandtschaft zugestellt wurde.

General Feng gegen England.

Peking, 14. Juni. Reuter zufolge erklärte General Feng in einem Interview, falls es zu Feindseligkeiten gegen England kommen sollte, würde er als erster ins Feld ziehen. China brauche keine Angst vor England zu haben, das zwar eine große Flotte, aber nur ein kleines Heer besitze.

Das Reichsbanner kriegt Keile

Am 6. und 7. Juni hat das Reichsbanner Bayreuth eine Bannerweihe abgehalten, die mit allerlei Schwierigkeiten, behördlichen Schikanen usw. begleitet wurde. Die Teilnehmer an der Bannerweihe durften keinen Umzug durch die Stadt machen, durften nur nach dem Friedhof marschieren, um dort die gefallenen Proleten auf republikanische Weise zu ehren und dabei wurde ihnen verboten, ihre Käppis mit der schwarzrotgoldenen Bösch an der linken Seite zu tragen. Waren das kleinliche Schikanen der kgl.-bayrisch-republikanischen Polizei, so ging sie am Abend gegen die abmarschierenden Reichsbannerleute brutaler vor. Das Rufen „Heil die Republik!" störte die republikanische Schutzgarde der Republik Bayern; die Ortspolizei und die Landespolizei zogen blank und bearbeiteten mit Gummiknüppeln die Reichsbannerleute, die dadurch immerhin einen Geschmack davon bekommen haben mögen, wie herrlich es in der „Republik" bestellt ist. Wie bei ähnlichen Anlässen gegen die Kommunisten prügelte die bayrische Polizei auch Frauen und Kinder und brachte sofort ein Auto mit einem Maschinengewehr in Stellung, um nötigenfalls das Gefüge dieser „Republik" mit Blut von Republikanern zu kitten.

Die Holzarbeiter ausgesperrt!

Die vom Arbeitgeberverband der Holzindustrie angekündigte Aussperrung hat am Sonnabend eingesetzt. Soweit sich zurzeit übersehen läßt, sind zunächst nur größere und mittlere Betriebe dem Aussperrungsbeschluß gefolgt. In den Kleinbetrieben hat die Aussperrung, soweit wir feststellen konnten, noch nicht eingesetzt.

Die Tischlermeister, soweit sie dem Arbeitgeberverband angehören, werden zwecks Durchführung der Aussperrung erst heute Beschluß fassen.

Diese Provokation der Unternehmer, die einen glatten Tarifbruch und einen frechen Angriff der Holzindustriellen auf die Arbeiter bedeutet, muß von den Holzarbeitern sofort mit der Verbreiterung des Kampfes auf der ganzen Front beantwortet werden. Die Arbeiter dürfen den Unternehmern nicht gestatten, die Arbeiterschaft zu spalten und in Einzelkämpfen abzuwürgen, um die geplanten Verschlechterungen durchzuführen. Der Kampf der Holzarbeiter ist ein Kampf der Gesamtarbeiterschaft. Vom Holzarbeiterverband muß sofort auch die Arbeitseinstellung in den von der Aussperrung nicht betroffenen Betrieben gefordert werden. Den Angriff der Unternehmer müssen die Arbeiter mit einem mächtigen Gegenstoß beantworten.

In allen Betrieben muß die übrige Arbeiterschaft zu diesem Kampfe Stellung nehmen und durch praktische Solidarität den Kampf der Holzarbeiter unterstützen.

Die Holzindustriellen begehen Vertragsbruch

Welche Konsequenzen ziehen die freien Gewerkschaften daraus?

Der „Arbeitgeber-Verband" der deutschen Holzindustrie hat die General-Aussperrung aller freigewerkschaftlich organisierten Holzarbeiter ab Sonnabend, den 13. Juni, angeordnet. Auch der „Vorwärts" stellt in seiner Donnerstag-Morgenausgabe fest, daß die Holzindustriellen auf gültige Tarifverträge und verbindlich erklärte Schiedssprüche pfeifen, wenn es ihnen in den Plan paßt. Der „Vorwärts" schreibt wörtlich:

„Allerdings bedeutet dieser Beschluß wiederum einen Vertragsbruch. Durch die Bezirksverträge sind die Parteien verpflichtet, erst alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, ehe zu Kampfmaßnahmen geschritten wird. Vor den Zentralvorständen haben die Vertreter der Bezirke aber gar nicht verhandelt. Im Grunde wurden sie nur über die Forderungen und die dagegen erhobenen Einwände gehört. In dem Augenblick, als die eigentlichen Verhandlungen zwischen den Zentralverbänden beginnen sollten, brachen die Unternehmer die Verhandlungen ab, **um ihren lange vorher beschlossenen Plan durchzuführen.** Die Unternehmer wollen jetzt die Lohnbildung, die vertraglich den Bezirken obliegt, zentral regeln. Dagegen erheben die Holzarbeiter grundsätzlich keinen Einwand, aber das setzt voraus, daß die Bezirksverträge vorher geändert werden. Die Unternehmer wollen diese Aenderung aus eigener Machtvollkommenheit, also durch Vertragsbruch erreichen, und deshalb die Massen aussperren. Das ist eine Machtprobe, die schließlich ein ganz anderes Ergebnis zeitigen wird als die Herren sich gedacht haben."

Die Unternehmer begehen also „Vertragsbruch". Das zeigt, was die ganzen arbeitsgemeinschaftlichen Abmachungen wert sind. Die Organe des kapitalistischen Staates, die doch im Grunde nichts anderes sind als die Vollzugsorgane der Kapitalisten, werden selbstverständlich die Unternehmer nicht zur Einhaltung der „zwingenden Kollektivverträge" zwingen. Die Arbeiter haben formell das Recht, die Unternehmer auf Einhaltung der Tarifverträge bei den ordentlichen Gerichten zu verklagen. Es braucht nicht erst gesagt werden, daß die Holzarbeiter längst verhungert wären, ehe auch nur eine derartige Klage zur Verhandlung käme.

Die Wahrheit ist eben, daß Tarifverträge nur so lange bestehen, als sie von beiden Teilen gehalten werden. Nur wenn die Arbeiter stark genug dastehen, die Unternehmer zu schlagen, können sie die Unternehmer dazu veranlassen, abgemachte Fristen auch wirklich einzuhalten. Nur die Macht entscheidet, die „Rechtsgarantien" sind, wenn es sich um das Gesamtunternehmertum und nicht um einzelne Firmen handelt, lächerliche Witze.

Daraus müssen die Arbeiter lernen. Immer wieder behaupten die Gewerkschaftsführer, daß die Arbeiter Tarifverträge unbedingt bis zum letzten Tag einhalten müßten und „gesetzlich verpflichtet" seien, sich verbindlich erklärten Schiedssprüchen zu fügen, daß nach einem verbindlich erklärten Schiedsspruch die Arbeiter nichts mehr machen könnten. Alles dies ist einfach gelogen. So wenig die Unternehmer vom Gesetz gezwungen werden können, so wenig sind die Arbeiter gezwungen und so wenig dürfen sie sich durch leere Drohungen zwingen lassen. Die Arbeiter haben doch auf jeden Fall damit zu rechnen, daß bei einem Streik alle staatlichen Machtmittel gegen sie und zugunsten der Unternehmer eingesetzt werden, also auch damit können sie sich nicht mehr schrecken lassen.

Für den Holzarbeiterkampf hat diese Erkenntnis unmittelbar praktische Bedeutung. Der ADGB. darf nicht zusehen, wie sich die Holzarbeiter in einer langen Aussperrung abkämpfen. Da die Unternehmer gezeigt haben, wie sie vertragliche Versprechungen bewerten, so hat der ADGB. doppelt die Pflicht, durch **Einbeziehung lebenswichtiger Industriezweige** in den Kampf den Holzarbeitern beizuspringen und ihnen zu einem raschen Sieg zu verhelfen. Der Angriff der Holzindustriellen ist ein Angriff des Gesamtunternehmertums auf die freien Gewerkschaften. Diese Machtprobe muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgefochten werden. Das Unternehmertum hat als erste die Verträge gebrochen, der ADGB. hat volle Freiheit, jede bedrängte Arbeitergruppe jeden Tag in den Kampf einzubeziehen. Die Arbeiterschaft darf sich auf keinen Fall selbst die Hände binden.

Generalangriff auf die Holzarbeiter

Wie rücksichtslos das Kapital seine scharfmacherischen Pläne durchführt und dafür den letzten kleinen Kraxler mobil macht, um die gesamte Holzarbeiterschaft auf die Knie zu zwingen, zeigen die Anweisungen, die vom Gesamtvorstand des Arbeitgeberverbandes des Holzgewerbes ausgehen.

Wir sind in der Lage, folgendes **Rundschreiben des Holzarbeiter-Schutzverbandes** für das Kleingewerbe an die Tischlermeister zu veröffentlichen:

„Der Gesamtvorstand und der Ausschuß des Arbeitgeberverbandes für das sächsische Holzgewerbe haben am 10. Juni folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Gesamtvorstand und der Ausschuß des Arbeitgeberverbandes des sächsischen Holzgewerbes beschließen auf Grund der Anordnung des geschäftsführenden Vorstandes unseres Zentralverbandes die **Durchführung der Aussperrung im gesamten Vertragsgebiet ab Sonnabend, den 13. dieses Monats mit Arbeitsschluß.**

Sie machen es allen Mitgliedern zur **Ehrenpflicht,** den Anordnungen des Verbandes Folge zu leisten.

Unser Verband hat jedoch beim Vorstand des Arbeitgeberverbandes des sächsischen Holzgewerbes beantragt, die Durchführung dieses Beschlusses für das Handwerk bis nächsten Mittwoch auszusetzen.

Somit hat der **Verband sächsischer Tischlermeister** die Möglichkeit, diese Frage auf den nächsten Sonntag und Montag in Dresden stattfindenden 18. Sächsischen Tischlermeistertag zu besprechen. Weitere Mitteilungen gehen unseren Mitgliedern nach dem Verbandstag rechtzeitig zu.

Auf Grund dieser Mitteilung bitten wir jedoch von Einzelverhandlungen abzusehen und **vor allen Dingen keine Lohnzulagen zu gewähren.** Weiter erwarten wir, daß mit Rücksicht auf diese wichtige Angelegenheit der Verbandstag in Dresden und Meißen recht zahlreich besucht wird.

(gez.) A. Heinze, 1. Vorsitzender.
H. Weber, Syndikus."

Die Kleinmeister haben sich also eingereiht in die Kampffront der Oberscharfmacher. Der Kampf geht in erster Linie um **Lohnabbau** und **Zerstörung der Gewerkschaft.** Dieser teuflische Plan der Reaktion, die den Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe ins erste Treffen schickt, muß **von der Gesamtarbeiterschaft** zuschanden gemacht werden. Die schwarz-weiß-roten Erfüllungspolitiker, gestützt von den schwarz-rot-gelben, wollen unter allen Umständen aus der deutschen Arbeiterschaft die Reparationslasten und einen hübschen Batzen Profit für sich herausschinden. Die sozialdemokratische Führerclique war der Gärtner, der den Boden dafür mit Proletarierblut düngte. Die ganze deutsche Arbeiterschaft muß jetzt **die Einheitsfront aller Ausgebeuteten im Kampfe gegen das Kapital schaffen.** An der Solidarität der Arbeiterklasse muß der Generalangriff des übermütigen Unternehmertums zerschellen.

Die Tischlermeister zur Holzarbeiteraussperrung

Der Hilferschrei nach dem Reichsschlichter

Der Verband der sächsischen Tischlermeister nahm in seiner gestern begonnenen Tagung zur Aussperrung in der Holzindustrie Stellung. Nach dem Bericht des „Dresdner Anzeiger" von heute morgen wurde von den Tischlermeistern auf Antrag des Bezirks Aue eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß der Arbeitgeberverband der Meinung ist, **daß die Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft sind.** Der geschäftsführende Vorstand wurde beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Arbeitskampf so schnell wie möglich zu beenden. **Lohnzulagen dürfen in den Betrieben des Verbandes sächsischer Tischlermeister nicht gewährt werden.** Die Resolution verlangt weiter **das Eingreifen des Reichsschlichters,** der eine Einigung herbeiführen soll. Soweit diese Resolution. In der Aussprache über den Bericht wurde von dem Obermeister Heinze erklärte, daß der Vertrag mit dem Arbeitgeberverband das Zusammengehen mit den Holzindustriellen in der Aussperrung erfordere, und es handele sich nur darum, festzustellen, **ob alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft worden seien?** Letzteres wurde in der Diskussion, wie es auch in der gefaßten Entschließung zum Ausdruck kommt, verneint. Die Tischlermeister sind also nicht gewillt, den Oberscharfmachern zu folgen. Der Schrei nach dem Reichsschlichter aber zeigt deutlich, daß die Kleinbetriebe ihre Hoffnung auf Beilegung dieses Konfliktes durch einen Schiedsspruch, **der den Wünschen der Unternehmer Rechnung trägt, nicht begraben.** Die Holzarbeiter müssen daraus erkennen, das der ihnen aufgezwungene Kampf mit aller Konsequenz zum vollen Erfolg durchgeführt werden muß.

„Der ADGB. kämpft!"

Er erhebt seine warnende Stimme.

Der ADGB. erläßt angesichts der neuen drohend heraufrollenden Wirtschaftskrise eine Kundgebung. Wer jedoch glaubt, daß der ADGB. jetzt die Arbeiter zum Kampf aufruft, irrt sich. Der ADGB. stellt den **Generalangriff der Unternehmer auf die deutschen Arbeiter fest.** Er erhebt seine „warnende Stimme" und richtet dann folgenden Appell an die monarchistische Reichsregierung:

„Der **Bundesausschuß erwartet,** daß die **Reichsregierung** dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch **Einwirkung auf die Schlichter** und durch Verweigerung von Lohnerhöhungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur **Herabdrückung des Lebenshaltungsstandards** des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihren dem Volksganzen dienenden Bestrebungen jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt."

Die Arbeiter wissen, daß sie von der Reichsregierung nichts zu erwarten haben. Sie müssen die Erweiterung des Streiks gegen die Aussperrung erzwingen.

Die Transportarbeiterbonzen drosseln den Kampf ab

Dortmund, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialdemokratischen Führer des Transportarbeiterverbandes teilen mit, daß der Generalstreik der Transportarbeiter für Rheinland-Westfalen, der am Sonnabend einsetzen sollte, aufgeschoben ist. Es seien Einigungsverhandlungen angesetzt.

Ausdehnung des Streiks in Duisburg

Dortmund, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die Hafenarbeiter haben sich den Streikenden in Duisburg-Ruhrort angeschlossen und die Arbeit niedergelegt.

Ein Hohenzollernschieber verhaftet

Berlin, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Hier wurde die Inflationsgröße „Bankier" Gruller verhaftet. Der weiteren Oeffentlichkeit wurde er namentlich bekannt durch die Verschiebung von Vermögensobjekten ins Ausland, die den Hohenzollern gehörten. Im Jahre 1923 wurde er deshalb mit 30 000 Mark Strafe belegt. Namentlich Exprinz Eitel Friedrich war sein Auftraggeber und Kunde. Jetzt steht die von Gruller während der Inflationszeit aufgekaufte Industrie- und Privatbank vor dem Konkurs. Eine schöne Reihe von Kunisker bis Eitel Friedrich!

Aus der Partei

Für die Beschlüsse des Z. A.

Düsseldorf, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bezirkstag Niederrhein nahm gestern einstimmig ohne Stimmenthaltungen eine Entschließung für die Thesen des Zentralausschusses an.

•

Stuttgart, 15. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Der Unterbezirkstag des Industriekreises Stuttgart stellte sich mit 47 gegen 12 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen auf den Boden der Beschlüsse des Zentralausschusses.

[illegible] Wir fordern Entfernung der [illegible] aus der Reichswehr und dem Staatsapparat! Sozialdemokratische Arbeiter! Unterstützt ihr diese Forderung selbst gegen eure Führer?"

Radebeul. (Antrag auf Auflösung eines Gemeindekollegiums.) Da sich das Stadtverordnetenkollegium von Radebeul über den von der Gemeindeverwaltung vorgelegten Haushaltplan nicht einigen konnte, beschloß das Kollegium mit 12 gegen 10 Stimmen, beim Ministerium des Innern seine Auflösung zu beantragen. Für die Auflösung stimmten die Vertreter der Mittelstandsliste, der Sozialdemokraten und Kommunisten, dagegen die [illegible] Einheitsliste.

Stiftungsfest der Niederhäslicher Sänger. Da in den Vereinen Unklarheiten entstanden sind, teilen wir mit, daß unser Stiftungsfest vom 20.—22. Juni stattfindet. Empfang der Vereine von 12—1 Uhr. Vor der Festrede wird als Massenchor „Lord Foleen" zu Gehör gebracht, nach der Festrede „Der Sturm" von „Der Freiheit Sieg" übungen wird als gemischter Massenchor „Der Freiheit Sieg" von Tuchsdorf gesungen. Die Vereine werden gebeten, ihr Notenmaterial zu diesen Chören mitzubringen. Von 4 Uhr ab ist den beteiligten Vereinen Gelegenheit gegeben, auf dem Festplatz Gesangsvorträge darzubieten.

Dresden

Erbärmliche Heuchler

Die „Volkszeitung" bringt von der Regimentsfeier der 104er in Chemnitz Zitate aus dem Chemnitzer Menschewistenblatt unter der Ueberschrift:

„Regimentsfeiern in der Republik"

Unter anderem lesen wir da:

„Die politischen Verhältnisse lassen zur Zeit einen 104er-Tag großen Stils und eine würdevolle Denkmalsweihe noch nicht zu, aber der Tag wird noch kommen, wo es uns möglich ist, auch hier in Chemnitz „unsere" Gefallenen entsprechend zu ehren." So sprach im November des Jahres 1923 anläßlich einer Versammlung der ehemaligen Offiziere des 104. Regiments, General Hammer. Der satsam bekannte Führer der „vaterländischen" Verbände Sachsens, Herr Hammer hat recht behalten. Wir konnten es in diesen beiden Tagen erleben, daß die politischen Verhältnisse anders geworden sind, und daß die Kreise, die vor zwei Jahren noch Angst davor hatten, die Chemnitzer Arbeiter möchten ihnen in die schwarz-weiß-rote Suppe spucken, nunmehr recht offen und selbstbewußt ihren „vaterländischen" Gefühlen Ausdruck geben konnten."

Nun, diese Aenderung der politischen Verhältnisse haben die Arbeiter ja den Parteigenossen der Herren von der „Volksstimme" zu verdanken, wer anders als Max Müller hatte es so gut verstanden, die Arbeiter niederzuhalten, wie es ja immer die Verräter aus den eigenen Reihen waren, die die Arbeiterschaft niedergeschlagen haben.

Nun aber zeigt die „Volksstimme" sehr treffend den Charakter dieser Republik, als sie das Auftreten des ehemaligen Kronprinzen schildert:

„Er war in Priestertracht erschienen und hielt Cercle ab, genau wie einst. Es war alles wie früher, Sporren klirrten und man hörte „Exzellenz" und „danke gehorsamst". Die Sitzordnung war auch recht schön der Rangordnung nach, die Reichswehrkapelle spielte auf der schwarz-weiß-rot drapierten Bühne die schönsten Märsche, natürlich auch den „Fridericus Rex". Kurz, es war wie bei einem Liebesmahl in der Vorkriegszeit. Herr Clauß, Polizeihauptmann der sächsischen Landespolizei, war ebenso wie Polizeimajor Farius in der 104er-Uniform erschienen und begrüßte die Anwesenden. Seine Rede begann er mit den schönen Worten: „Eure Königliche Hoheit!" Man merkte richtig, wie sich dabei der von der Republik bezahlte Herr innerlich verneigte. Er sprach davon, daß früher das erste Glas auf das Wohl des Allerhöchsten Kriegsherrn geleert worden wäre, und konnte sein Bedauern darüber, daß dies nun leider nicht mehr geschehen könne, schlecht verhehlen."

Also: Reichswehr der Republik, schwarz-weiß-rot dekorierte Bühne, Beamte des „Freistaates" Sachsen und „Königliche Hoheit". Sehr gut zusammengestellt. Aber es kommt noch besser:

„Es folgten Reden, die vor Lakaienhaftigkeit überliefen und als dann „Seine Königliche Hoheit" in einem öligen Erguß die deutsche Treue pries (siehe Wilhelm der Letzte) und die deutsche Treue im allgemeinen und die Sachsentreue im besonderen hochleben ließ, war alles so außer dem Häuschen, daß die Musik „Den König segne Gott" spielte. Die Militärvereinsgesichter strahlten und sangen aus voller Brust mit, nicht ahnend, welch grausamer Hohn damit geschah. Jedenfalls war die Republik erledigt!"

Sehr richtig, die Republik hat sich selbst erledigt. Kastriert hat sie sich. Aber genau so kastriert ist die Partei dieser „Republik". Was sagt die „Volkszeitung" zu diesem schmachvollen Verhalten der republikanischen Beamten?

„Das schlimmste an den Dingen scheint uns zu sein, daß sich so viel von den ehemaligen Mannschaften dazu hergeben, den „Herren Offizieren" bei derartigen nationalistischen Demonstrationen, die unter der Flagge von Regimentsfeiern veranstaltet werden, als Staffage zu dienen."

Also, das ist „das schlimmste"? Die Reichswehr, die Noske schuf, war von vornherein nichts anderes als ein legalisiertes Instrument der Konterrevolution, solange die Arbeiter im Vormarsch waren, drapierte sie sich, genau so wie die gesamte Bourgeoisie und die Sozialdemokraten, „republikanisch", jetzt werfen sie alle ihre Masken ab. Die „Volkszeitung" weiß, daß nicht einmal republikanische, geschweige den revolutionäre Arbeiter in der Reichswehr geduldet werden, sie weiß, daß jede freiheitliche Regung durch die Regierung aufs brutalste unterdrückt wird. Nicht die Herren Offiziere allein, der gesamte Staatsapparat ist monarchistisch, genau wie die gesamte Bourgeoisie monarchistisch ist, weil ihre Pläne die Aufrichtung der Monarchie fordern. Und die ganze Niedertracht dieser Lakaien-Sippe zeigt sich darin, daß diese in so **republikanischem ablehnenden Tone geschriebenen Artikel** gegen den „Monarchistenrummel" Leute geschrieben haben, die wissen,

daß ein Sozialdemokrat, der Stadtverordnetenvorsteher Saupe-Chemnitz, im Ehrenausschuß dieses gemeinen Rummels gesessen hat und diesen aufs eifrigste mitorganisiert hat!

Das aber wird von der „Dr. Vztg." bewußt verschwiegen. Jetzt sollen die sozialdemokratischen Arbeiter sagen, wer die Schrittmacher der Monarchisten sind! Wir Kommunisten hätten diese Subjekte entweder zu produktiver Arbeit gezwungen oder sie dahin befördert, wohin sie gehören! Die Sozialdemokratie hat ihnen in den Sattel geholfen und der Esel, auf dem diese Leute Galopp reiten, das ist der deutsche, sozialdemokratische Arbeiter.

„Anschlag der Konsumbureaukratie"

Auf Grund unseres Berichtes über die Protestversammlung der Lagerhalter Ostsachsens sendet uns der Konsumverein „Vorwärts" folgende Erwiderung, mit der Bitte, um Abdruck:

„Anschlag der Konsumbureaukratie."

Unter dieser Ueberschrift sind der Oeffentlichkeit durch einen **Bericht** in der Nummer 46 der „Arbeiterstimme" Vorgänge aus der Genossenschaftsbewegung in einer Art und Weise unterbreitet worden, die sicherlich allen genossenschaftsfeindlichen Kreisen Freude machen werden. Dieses Vorgehen hat zur Folge, daß der Genossenschaftsbewegung mit den unsachlichsten Mitteln Schaden zugefügt wird.

Vorgänge, die zehn Jahre und länger zurückliegen, Internes aus der örtlichen Genossenschaftsbewegung sowohl, wie Vorgänge aus der allgemeinen Genossenschaftsbewegung, sollen die Behauptung von dem angeblich unsozialen Verhalten der Genossenschaftsleitungen beweisen.

Wir werden uns nur mit den Behauptungen beschäftigen, die gegen die örtliche Genossenschaftsleitung gerichtet sind. Ein Vorgang, der sich anläßlich einer Verhandlung vor dem hiesigen Kaufmannsgericht abgespielt hat, war durch eine Aussprache mit den Vertretern des Ortsausschusses des ADGB. und des Afa-Bundes bereits geregelt. Dieser Vorgang wird trotzdem in jener Versammlung erörtert und obendrein wird er so dargestellt, als wenn alle Schuld hieran lediglich dem betreffenden Vorstandsmitglieds zuzuschreiben ist. Die eigentliche Ursache dieses Vorganges liegt in der tief eingerissenen üblen Gewohnheit und in dem von der Genossenschaftsleitung nicht zu duldenden Verhalten einzelner Angestellten, nach Belieben ihre Arbeitsstelle zu verlassen, ohne vorher der Genossenschaftsleitung hiervon Mitteilung zu machen. Alle Arbeiter und Angestellten irgendeines Unternehmens, auch die Vertrauensleute, wissen, daß sie sich ordnungshalber abzumelden haben, wenn sie sich während der Arbeitszeit aus dem Betriebe entfernen. Nur im Konsumverein „Vorwärts" glaubten bisher einzelne Angestellte sich dieser selbstverständlichen Pflicht nicht fügen zu brauchen. Wenn sich hieraus Konflikte ergeben, so dürfen nicht diejenigen dafür verantwortlich gemacht werden, die berufen sind, den Betrieb ordentlich zu verwalten. Es ist viel richtiger, Vorwürfe gegen über denjenigen zu erheben, die durch ihre Einstellung der Unordnung Vorschub leisten möchten. Das ist auch die Richtung innerhalb der Genossenschaftsbewegung, die sich unter einem falschen Deckmantel den so überaus notwendig gewordenen Ueberwachungsmaßnahmen entziehen möchten und zu deren Wortführern sich auch der Vertreter des ZdA. in der Lagerhalterversammlung gemacht hat. Es wird von einem Mißbrauch der Kontrolle gesprochen, ohne auf die Ursachen einzugehen, die zu den notwendigen Ueberwachungsmaßnahmen geführt haben.

Die in der Nachkriegszeit des öfteren zutage getretene unordentliche Wirtschaftsweise eines Teiles der Lagerhalter bedingt ein anderes Verfahren in der Ueberwachung der einzelnen Verteilungsstellen, als es die Lagerhalter in der Vorkriegszeit gewöhnt waren. Nicht um den Lagerhaltern ihre Tätigkeit zu erschweren, wird die Kontrolle ausgeübt, sondern weil die Genossenschaftsleitung, die von den Mitgliedern verlangte Pflicht zu erfüllen hat, durch entsprechende Ueberwachungsmaßnahmen, die entstandene unordentliche Wirtschaftsweise abzustellen. Kein mit Verantwortlichkeitsgefühl ausgestatteter Leiter einer Genossenschaft kann ruhig zusehen, wenn durch schlechte Wirtschaftsweise eines Teiles der Lagerhalter die den Lagerhaltern anvertrauten Werte stark verringert werden. Den Schaden davon haben die Mitglieder. Die Ergebnisse der im vorigen Jahre, sowie eines Teiles der in diesem Jahre stattgefundenen Verteilungsstellen-Abschlüsse reden hierüber eine zu deutliche Sprache. Welcher Art waren bisher die Maßnahmen, die gegenüber den einer schlechten Wirtschaftsweise überführten Lagerhaltern angewandt wurden? Es ist bisher noch niemand entlassen worden. In den schlimmsten Fällen haben Pensionierungen und Versetzungen in eine andere Tätigkeit der betreffenden Lagerhalter stattgefunden. Den übrigen wurde durch eine Vereinbarung mit der Lagerhaltervertretung und dem ZdA. ein Aufschub ihrer Ersatzpflicht bis nach dem 1. Juli 1925 eingeräumt. In der entgegenkommendsten Art sind bequeme Abschlagszahlungen zugestanden worden. Aber nicht nur schlechte Abschlußergebnisse geben den Grund für ordentliche Ueberwachungsmaßnahmen. Gerichtlich nachgewiesene Unehrlichkeiten einzelner Lagerhalter bilden noch heute den Gesprächsstoff unter den Mitgliedern. Vor einem halben Jahre mußte ein alter Lagerhalter von seinem Posten entfernt werden, weil er durch Fälschungen in den Tageskassenlisten sich Geldbeträge angeeignet hatte. Es ist hierüber keine Anzeige erstattet worden.

Die so stark angefeindeten Kontrollmaßnahmen bestehen in der **Anstellung** von 4 **Außenbeamten**, die vorher **Lagerhalter** des **Konsumvereins „Vorwärts"** und **Vertrauensleute ihrer Kollegen** waren, die die Aufgabe haben, die Tätigkeit der Lagerhalter und Verkäuferinnen zu überwachen, die festzustellen haben, daß stets richtiges Gewicht gegeben wird und daß auch die nötige Ordnung und Sauberkeit in den Verteilungsstellen herrscht. Die Außenbeamten haben aber insbesondere die Aufgabe, den Lagerhaltern und Verkäuferinnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Lagerhalter, die sich bemühen, **eine ordentliche** Wirtschaftsweise zu betreiben, haben **die Kontrollmaßnahmen** nicht zu befürchten. Diejenigen aber, **die zur Unordentlichkeit** neigen und dadurch schlechte Ergebnisse herbeiführen, **müssen es** sich gefallen lassen, daß sie an ihre Pflicht **erinnert werden**. Hieraus eine schikanöse Maßnahme zu **konstruieren, ist eine** Unterstellung, gegen die sich **die Leitung des Konsumvereins** „Vorwärts" entschieden verwahrt.

Eigenartig mutet es an, daß ausgerechnet **Angestellte des** ZdA. diese notwendigen **Kontrollmaßnahmen bekämpfen**. Die Angestellten des ZdA. wissen sehr gut, **daß auch die Vertrauensbeamten der Gewerkschaften sich einer genauen Kontrolle** ihrer Kassenführung unterwerfen müssen. **Namentlich im ZdA.** ist es üblich, daß die Beamten sich durch **besoldete Revisoren kontrollieren** lassen müssen und **daß sich der Vorstand des ZdA.** durchaus nicht mit einer ehrenamtlichen **Kontrolle begnügt, wie** es in der Entschließung, die in der betreffenden Versammlung gefaßt wurde, zugestanden wird.

Ein besonderes Kapitel der Anwürfe bilden **auch die Arbeitsverhältnisse** im Genossenschaftsbetriebe. **Es wird so dargestellt**, als läge hier ein besonderer **Anlaß zu Differenzen vor. Von dem Vertreter des Konsumvereins „Vorwärts" wurde erst** kürzlich in einer Verhandlung **vor dem Schlichtungsausschuß** nachgewiesen, daß der Konsumverein **„Vorwärts" für die Angestellten** die höchsten Gehälter von allen deutschen Konsumvereinen bezahlt. Von dem Vertreter **des Konsumvereins „Vorwärts"** wurde auch auf Grund **dieser Tatsache im Schlichtungsausschuß** besonders darauf **hingewiesen, daß trotzdem kein einziger** Konsumverein in Deutschland öffentlich von **Vertretern des ZdA.** so herabgewürdigt wird, als es **hier in Dresden der** Fall ist. Die in dem Bericht **bemerkte Tatsache, daß die Arbeitsverhältnisse** in den Genossenschaften **in früherer Zeit in jeder** Beziehung vorbildlich waren, **trifft auch heute noch zu. Es wird** keinen gleichartigen Betrieb geben, **in dem die Arbeitszeit so** günstig für die Beschäftigten ist, wie im **hiesigen Genossenschaftsbetrieb**.

Die Leitung des Konsumvereins **kann auf Kontrollen des Personals** beim Verlassen des Betriebes **nicht verzichten, weil es** leider auch im Genossenschaftsbetrieb **Beschäftigte gibt, die den** nötigen Respekt vor dem Eigentum der **Genossenschaftsmitglieder** vermissen lassen. **Ein bei größeren Kaffeediebstählen ertappter** Bäckereiarbeiter wurde vor kurzer Zeit **zu vier Monaten Gefängnis** verurteilt. **Im vorigen Jahre mußten 12 Bäcker wegen** Entwendung von Lebensmitteln **entlassen werden. In der** vorigen Woche wurde ein Bäcker entlassen, bei dem **zweieinhalb** Pfund Butter vorgefunden wurden.

Diese Vorgänge zeigen, **daß sich zeitweilige Ausgangskontrollen** notwendig machen. Die objektiven Leser dieser **Zeitung mögen aus diesen Darlegungen erkennen, daß die Genossenschaftsleitung** auf Grund der ihr zugewiesenen **Aufgabe nicht nur** das Recht, sondern auch die Pflicht hat, **in einwandfreier Weise** für Ordnung im Betrieb zu sorgen, **um die Mitglieder vor Schaden** durch schlechtes Wirtschaften einzelner **Personen zu bewahren**.

Für den Aufsichtsrat bedarf **es keines Appells, sich mehr um** die Vorgänge im Betrieb zu kümmern, **da er diese selbstverständliche** Pflicht stets gewissenhaft erfüllt hat.

In der Sitzung der Gesamtverwaltung vom 10. Juni, **die zu** diesen Vorgängen Stellung nahm, wurde folgende **Entschließung** einstimmig angenommen:

Der Vertreter des Zentralverbandes der **Angestellten Dachselt** hat in einer am **Donnerstag, den 4. Juni 1925, stattgefundenen** Lagerhalterversammlung **des Bezirkes Ostsachsen** über den „Mißbrauch **der Kontrolle in den Konsumgenossenschaften** gesprochen. In seinen Ausführungen **hat der Gewerkschaftsbeamte Dachselt** unbewiesene Behauptungen **über die Konsumgenossenschaftsbewegung im allgemeinen und über die Konsumgenossenschaftsverhältnisse im Dresdner Bezirk im besonderen** aufgestellt, die eine genossenschaftsschädigende **Wirkung auslösen** müssen.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat des **Konsumvereins „Vorwärts"** legen gegen **das ungenossenschaftliche Vorgehen des Gewerkschaftsbeamten Dachselt den schärfsten Protest ein**. Sie halten den Gewerkschaftsbeamten **Dachselt, der sich in den letzten** Jahren nicht gerade als ein **vorbildlicher Genossenschafter erwiesen** hat, für nicht geeignet, **den verantwortlichen Körperschaften** des Konsumvereins **„Vorwärts" Lehren über die Behandlung** innerer Betriebsangelegen**heiten erteilen zu können**.

Die Leitung des Konsumvereins **„Vorwärts" wird in einer** demnächst stattfindenden **Vertreterversammlung zu den geschilderten** Vorgängen **Stellung nehmen und hierzu den Vertreter des** ZdA. besonders einladen.

Anmerkung der Redaktion: **Wir weisen natürlich** den Vorwurf des genossenschaftsfeindlichen Verhaltens **aufs** schärfste zurück. Gerade im Interesse **der Gesundung der Genossenschaftsbewegung** war es **nötig, diese Fragen aufzurollen**, die bei längerer Vertuschung die Genossenschaften **völlig ruiniert** hätten. **Die Austragung der Differenzen in der Arbeiteröffentlichkeit** wird zu einer Gesundung **nur beitragen können.**

Jetzt hat der ZdA. das Wort!

Abgeänderter Spielplan des Residenz-Theaters. Montag, den 15. Juni, abds. 7,30 Uhr: „Cloclo"; Dienstag, den 16. Juni, abds. 7,30 Uhr: „Gräfin Mariza"; Mittwoch, den 17. Juni, abds. 7,30 Uhr: „Cloclo"; Donnerstag, 18. Juni, abds. 7,30 Uhr: „Gräfin Mariza"; Freitag, den 19. Juni, abds. 7,30 Uhr: „Cloclo"; Sonnabend, den 20. Juni, abds. 7,30 Uhr: „Das Radiomädel!" Zum ersten Male: Sonntag, den 21. Juni, nachm. 3 Uhr: „Gräfin Mariza", abds. 7,30 Uhr: „Das Radiomädel"; Montag, den 22. Juni, abds. 7,30 Uhr: „Cloclo".

Besuch der staatlichen Sammlungen an den Nachmittagen. Um vielfachen Wünschen aus den Kreisen des Landtags und der Bevölkerung entgegenzukommen, hat das Ministerium für Volksbildung die Einrichtung getroffen, daß jede der größeren staatlichen Sammlungen einmal in der Woche bis 5 Uhr, in den meisten Fällen sogar bis 7 Uhr geöffnet bleibt. Diese im Interesse der Oeffentlichkeit getroffene Anordnung scheint aber noch nicht genügend bekannt zu sein, wenigstens entspricht die Besucherzahl bisher noch nicht den gehegten Erwartungen. Es sei daher nochmals darauf hingewiesen, daß die folgenden Sammlungen auch nachmittags geöffnet sind, und zwar: Grünes Gewölbe, Montags 11—5 Uhr; Historisches Museum (Rüstkammer) und Gewehrgalerie, sowie die Porzellan-Sammlung, Dienstags 1—7 Uhr; die Gemäldegalerie im Palais Parkstraße 7, Mittwochs 12—4 Uhr; das Museum für Mineralogie, Geologie und Vorgeschichte, Mittwochs 4—7 Uhr; die Skulpturen-Sammlung, Donnerstags 1—7 Uhr; die Gemäldegalerie und das Kupferstichkabinett, Freitags 1—7 Uhr; die Museen für Tierkunde und Völkerkunde, Sonnabends 4—7 Uhr. Der Eintritt ist mit Ausnahme des Grünen Gewölbes (1,50 Mark) und der Porzellan-Sammlung (50 Pfg.) frei.

Reichsluftkursbuch. 112 Seiten stark ist die 1. Auflage des vom Reichsverkehrsministeriums (Abteilung für Luft- u. Kraftfahrwesen) zusammengestellten Reichsluftkursbuches erschienen. Es enthält alle wissenswerten Angaben über Luftverkehr und Luftpost und gibt den Luftreisenden erschöpfende Auskünfte über alle zu beachtende Einzelheiten. Eine beigefügte Karte zeigt das Netz des deutschen Luftverkehrs 1925 mit den wichtigsten Anschlüssen nach dem Auslande.

Russische Filmproduktion. Der Meschrabpom-Rus-Film „Das Zigarettenmädel von Moskau" ist nunmehr vorführungsbereit. Bearbeitung für Deutschland: Alexander Alexander. Weltvertrieb: „Aufbau" Industrie- und Handels-A.-G.

Idiotismus oder Prüderie.

In Heft 3/4 des „Naturfreund", Jahrgang 1925, dessen Wappen die ineinandergeschlungenen Hände sind, finden wir unter kleinen Mitteilungen folgenden Erguß: „Auch eine Ethik". Die kläglich mißglückten Versuche, die in der letzten Zeit in Deutschland unternommen wurden, im Verein „Die Naturfreunde" für parteipolitische Umtriebe zu mißbrauchen und dem Moskauer Diktat auszuliefern, haben nun in den verschiedenen Blättern der deutschen Kommunisten ein ohnmächtiges Wutgeheul und wahre Schimpforgien gegen die Leitung der Naturfreunde hervorgerufen. Ganz besonders komisch nimmt sich die ethisch-moralische Entrüstung der heuchlerischen Vereinsspalter aus. Wie berechtigt diese ist, möge folgende „Aufforderung" zeigen, gedruckt in der Zeitung „Die Junge Garde" vom Anfang März 1925.

„Arbeitermädels! Unterhaltet euch mit den Proleten im Waffenrock, den Schupo- und Reichswehrsoldaten!

Pfui Teufel! Solche Menschen wagen es sich als Wahrer der Kultur aufzuspielen. Wem diese Aufforderung nicht die Augen öffnet, wer davor nicht würgenden Ekel empfindet, dem ekelt eben vor nichts mehr."

Der Schmierfink, der diese Zeilen verbrochen hat, scheint uns wirklich ein verkommener Geselle.

Erst einmal unterschlägt er, daß die „Junge Garde" erklärte, daß diese Unterhaltung bezwecken soll, die Zersetzung der Wehrmacht, zu verhindern, daß diese gegen die Arbeiter eingesetzt werden können. Dann ist bezeichnend, daß der Geselle gleich an sittliche Verderbnis, an unmoralischen Verkehr mit der Reichswehr denkt.

Wir geben zurück: **„Pfui Teufel!"**

Textilarbeiter, übt Solidarität! In Falkenau stehen seit 5 Wochen ca. 1000 Textilarbeiter im Streik. Sammelt in den Betrieben!

Sachsen

Volks-, Berufs- und Betriebszählung

Landwirtschaftliche Betriebszählung

Mit der Volks- und Berufszählung am 16. Juni d. J. ist zugleich eine landwirtschaftliche Betriebszählung verbunden. Diese soll über die wirtschaftlichen Veränderungen des Landwirtschaftsbetriebes in den letzten 18 Jahren, also seit der letzten Erhebung gleicher Art im Jahre 1907, zahlenmäßigen Aufschluß geben. Da die Bedürfnisse der Landwirtschaft nur dann richtig erkannt werden können, wenn einwandfreie Unterlagen über die derzeitigen Verhältnisse in der Landwirtschaft vorhanden sind, so hat jeder Landwirt ein Interesse daran, daß die Fragen, die im Land- und Forstwirtschaftsbogen an ihn gestellt werden, genau beantwortet werden. Er hat dabei nicht zu befürchten, daß seine Angaben für Steuer- oder ähnliche Zwecke Verwendung finden, denn die Angaben werden nur für agrarstatistische Aufgaben verwertet.

Jeder, der eine Bodenfläche selbständig als Acker, Gartenland, Wiese, Weide, für Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabakbau usw., als Holzland oder Fischgewässer bewirtschaftet, hat einen Land- und Forstwirtschaftsbogen auszufüllen, auch wenn er diesen Betriebszweig nur als Nebenberuf betreibt. Also auch Gewerbetreibende, Arbeiter, Angestellte, Beamte usw., die eine größere oder kleinere Bodenfläche bewirtschaften, haben einen solchen Bogen auszufüllen.

Der Zähler hat bei der Verteilung der Zählpapiere genau darauf zu achten, daß jede Haushaltung, von der aus eine Bodenfläche bewirtschaftet wird, einen Land- und Forstwirtschaftsbogen erhält. Hiervon ausgenommen sind die Betriebe unter 5 Ar (500 Quadratmeter), aber nur dann, wenn auf ihnen nicht berufsmäßig Gartenbau, Weinbau oder Fischerei betrieben wird oder wenn es sich nicht um Betriebe mit Rindviehhaltung handelt. Diese Kleinbetriebe haben aber mit ihrer Fläche auf der Haushaltungsliste zu erscheinen.

Vor Ausfüllung des Land- und Forstwirtschaftsbogens ist es dringend erforderlich, die aufgedruckten Erläuterungen sorgfältig durchzulesen. Auf Grund der den Fragen beigefügten Anleitung wird es dem Betriebsinhaber nicht schwer fallen, die Fragen richtig zu beantworten. Die Flächenangaben sind möglichst in Reichsmaß, d. h. in Hektar und Ar zu machen. Nur wer hierzu nicht in der Lage ist, kann den Angaben das landesübliche Flächenmaß (Acker, Quadratruten, Scheffel) zugrunde legen. Es muß besonders vom Zähler beim Einsammeln der Landwirtschaftsbogen darauf geachtet werden, daß bei B und C das Flächenmaß angegeben ist, d. h. es muß aus der Angabe ersichtlich sein, ob die Fläche in Hektar, Ar, Acker, Scheffel, Quadratruten usw. angegeben ist. Ferner ist es für den Zähler zweckmäßig, wenn er sogleich beim Einsammeln die Summen von B III, C I und II einer Prüfung unterzieht, denn hier kommen in der Regel die meisten Unstimmigkeiten vor.

Ist mit dem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb ein gewerblicher Nebenzweig (Mühle, Brennerei usw.) verbunden, so ist außer dem Land- und Forstwirtschaftsbogen noch ein Gewerbebogen auszufüllen, den der Zähler der betreffenden Haushaltung auszuhändigen hat. Ueberhaupt haben alle Bewirtschafter einer Bodenfläche außer dem Land- und Forstwirtschaftsbogen auch einen Gewerbebogen auszufüllen, wenn sie neben der Bodenbewirtschaftung ein Gewerbe betreiben.

Die sogenannten „Kunst- und Handelsgärtnereien" haben wie die Landwirtschaftsbetriebe für den eigentlichen Gartenbau, für die Bodenbewirtschaftung, einen Land- und Forstwirtschaftsbogen, also keinen Gewerbebogen, auszufüllen. Ein Gewerbebogen ist von den Gärtnereien aber dann auszufüllen, wenn mit dem Gartenbau eine Kranzbinderei oder Handel mit gekauften Blumen oder Verkauf von selbstgezogenen Blumen im eigenen Laden oder eine Dekorationsgärtnerei, Landschaftsgärtnerei usw. verbunden ist.

Achtung! Arbeitereltern!

Ist das Erziehung für Arbeiterkinder?

Die Staatskanzlei teilt mit:

Schulfeiern zur Jahrtausendfeier des Rheinlandes

Das Rheinland begeht in diesen Wochen seine Jahrtausendfeier. Um der heranwachsenden Jugend die Bedeutung des Rheinlandes für die deutsche Einheit, für deutsches Wesen und deutsche Kultur vor Augen zu führen, sind auf Anordnung des Ministeriums für Volksbildung und des Wirtschaftsministeriums in Uebereinstimmung mit anderen deutschen Ländern in allen Schulen des Freistaates Sachsen — in der Volksschule mit der Oberstufe — am 20. Juni 1925 Schulfeiern zu halten. Sie sind als eindrucksvolle Gemeinschaftsfeiern auszugestalten, die der Bedeutung des geschichtlichen Ereignisses gerecht werden. Es wird anheimgegeben, sie mit Schulwanderungen zu verbinden. Der Unterricht fällt an diesem Tage aus. Soweit Berufs-, Handels-, Gewerbe- und Fachschulklassen am 20. Juni keinen Unterricht haben, sind sie nachträglich eindrucksvoll auf die Jahrtausendfeier hinzuweisen.

Das ist der Kurs der Republik! Dr. Kaiser kann unter dem Sozialdemokraten Heldt sein Programm durchführen. **Während die deutsche Bourgeoisie für gemeinen Gewinnanteil die Rheinlande an die Entente verschachert, will sie die Kinder der Arbeiter vollstopfen mit nationalistischen Phrasen, um sie ihren Zielen gefügig zu machen!**

Was aber sagen die sozialdemokratischen Arbeitereltern zu dieser Anordnung des Sozialdemokraten Müller?

Wenn Max Müller Geld für Spitzel braucht, läßt Dr. Kaiser gern Schulen eingehen!

Plauen. (Schulstreik.) In Untermarxgrün sind am Montag alle Kinder in den Schulstreik eingetreten. Sämtliche Einwohner hatten beschlossen, die Kinder nicht eher wieder zur Schule zu schicken, bis ihnen die Versicherung gegeben wird, daß die Schule in Untermarxgrün bestehen bleiben soll. Es war vorläufig beabsichtigt, zwei Klassen nach Oelsnitz zu schicken. Die Einwohner vermuten aber, daß die Schule eingezogen werden soll.

Die Sozialdemokraten bewilligen die Mittel für die Kirche

Haushaltausschuß A.

Im Haushaltsausschuß A des Landtages wurden von der Regierung Mittel für die evangelische und katholische Kirche angefordert. Genosse Schminke führte aus, daß die kommunistische Fraktion diese Geldmittel ablehne. Die Kirche ist ein Machtinstrument der herrschenden Klassen, mit dem sie die Arbeiterschaft vom Kampf abzuhalten versucht, die Religion ist Opium für das Proletariat, daß es über seine Leiden, Schmerzen und Sklaverei hinwegtäuschen soll. Im Namen des Christentums sind in der Welt die ärgsten Räubereien und Grausamkeiten begangen worden und finden heute noch täglich statt. Das Christentum ist dabei die bestgehaßte Religion in der Welt.

Die Bourgeoisie zieht sich im Zeitalter des Imperialismus wegen der Erstarkung der revolutionären Arbeiterschaft hinter reaktionäre Positionen, den Faschismus und die Kirche zurück. Sie verleugnete heute ihre antikirchlichen Traditionen. Die Sozialdemokratie stellt sich, wenn sie die Ausgaben für die Kirchen bewilligt, in eine Front mit der Reaktion. Die Kapitel werden gegen die Stimmen der Kommunisten und linken Sozialdemokraten **von den Bürgerlichen und Sozialdemokraten bewilligt.**

Die Sozialdemokraten gegen Lehrlingsschutz

Rechtsausschuß

Am 28. Mai vorigen Jahres hatte das Kultusministerium eine Verordnung erlassen, in der die Leitungen der Berufsschulen angewiesen wurden, bei der Festlegung der Schulstunden für die jugendlichen Arbeiter, mit den Vertretern von Handel, Industrie und Gewerbe Rücksprache zu nehmen und deren Wünschen weitgehend entgegen zu kommen. Das bedeutete praktisch, **daß die Industriellen nun eine weitere Ausbeutungsmöglichkeit hatten.** Das Entgegenkommen der Berufsschule geht denn auch vielfach dahin, daß während der Arbeitsstunden, wo die Ausbeutung besonders intensiv ist, die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter nicht zur Schule brauchen. Die kommunistische Fraktion hatte deswegen einen Antrag gestellt, diese Anordnung aufzuheben. Der Sozialdemokrat Bethke begründete, daß man die Verordnung bestehen lassen muß. Der Antrag der Kommunisten wurde dann auch gegen die Stimmen der Kommunisten und linken Sozialdemokraten abgelehnt. Die Rechten stimmten gegen den Schutz der Jungarbeiter.

Weiter stand zur Tagesordnung ein Antrag der Deutschnationalen auf Regelung des Schulbesuchs an staatlich nicht anerkannten Feiertagen. Die Frau Tümmel stellte den Antrag, die Fleißnerschen Verordnungen über den Schulbesuch wieder herzustellen. Auch das wurde mit der gleichen Mehrheit wie oben abgelehnt.

Eine Glanzleistung vollführte dann die Fraktion der „Praktiker", die rechten SPD.-Gesellen. Sie hatten einen Antrag eingebracht, der Maßnahmen gegen die Unternehmer forderte, die die Einstellung von Lehrlingen von der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft oder Teilnahme an der kirchlichen Konfirmation abhängig machen. Als ihnen die Regierung sagte, sie werde das als gegen die guten Sitten verstoßend erklären, stimmten diese „erfahrenen Praktiker" **gegen ihren eigenen Antrag.**

Zum Schluß der Sitzung wurde dann das Jagdgesetz noch beraten.

*

In der Donnerstagsitzung des Rechtsausschusses stand der Antrag der kommunistischen Fraktion, bei der Reichsregierung die Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik zu verlangen, auf der Tagesordnung. Genosse Renner begründete den Antrag. Die Deutschnationalen erklärten sich ebenfalls für die Aufhebung. Die linken Sozialdemokraten erklärten, sie hätten noch keine Zeit gehabt, sich mit dem Antrag zu beschäftigen, obgleich derselbe schon im April eingebracht worden ist. Sie enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme, ebenso verhielten sich die Demokraten bei der Abstimmung. Gegen den Antrag stimmten die rechten Sozialdemokraten. Der Antrag wurde bei sechs Stimmenenthaltungen angenommen. **Ein weiterer Antrag der Kommunisten, das Verbot der kommunistischen Parteipresse vom 7. März 1925 für unzulässig zu erklären, wurde abgelehnt.** Ein Antrag der Deutschnationalen wegen der Amtsenthebung dreier Amtshauptleute, sowie eine Eingabe des landwirtschaftlichen Hausfrauenvereins wurde für erledigt erklärt. Das Ersuchen des Staatsanwaltes beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Genossen Lieberasch wurde einstimmig abgelehnt.

Der „gnädige" Herr Bünger

Das sächsische Justizministerium hat die bisher geltenden Bestimmungen über den bedingten Strafaufschub in verschiedenen Punkten abgeändert. Danach gilt die Ermächtigung zur Bewilligung des Strafaufschubs **nicht für Strafen, die gnadenweise herabgesetzt oder gemildert worden sind** oder für die das Ministerium eine Bewährungsfrist oder Begnadigung versagt oder wegen deren es sich die Entscheidung ausdrücklich vorbehalten hat. Die bedingte Strafaussetzung soll in der Regel nur dann gewährt werden, wenn die Verfehlung weniger auf „Verdorbenheit", „verbrecherischer Neigung" oder einer „**verwerflichen Gesinnung**", die auf Leichtsinn, Unerfahrenheit, Verführung oder Not beruht, die Bewilligung einer Bewährungsfrist auch wegen der sonstigen Umstände der Tat oder ihrer Folgen nicht als eine zu weitgehende Maßnahme erscheint. Billige Rücksicht soll auch auf die Interessen der von der Tat betroffenen Personen und auf das „**Volksempfinden**" genommen werden. Die teilweise bedingte Aussetzung einer Freiheitsstrafe soll jedoch von vornherein oder schon vor Antritt der Strafe nur in besonderen Fällen angezeigt sein, zum Beispiel wenn die gesetzliche Mindeststrafe noch als zu hart erscheint oder von vornherein erwartet werden kann, daß die teilweise Verbüßung eine „heilsame Wirkung" auf den Verurteilten ausüben werde. In der Regel soll die Bewilligung einer Bewährungsfrist für einen Strafteil erst kurz vor Ablauf des zu verbüßenden Teiles der Strafe beschlossen werden. Hat das Gericht von der Bewilligung der Bewährungsfrist zunächst abgesehen, lassen aber Umstände, die später bekannt werden, nachträglich die Bewilligung angezeigt erscheinen, so kann das Gericht erster Instanz auf Antrag oder von Amts wegen nach Anhörung der Staatsanwaltschaft durch einen nachträglichen Beschluß aussprechen.

Es erübrigt sich, etwas hinzuzufügen, da wir dann in den Verdacht „verwerflicher Gesinnung" kommen könnten. Diese niederträchtigen Kautschukbestimmungen richten sich selbst. Nicht um „**Milderung der Strafe**" kämpfen die Arbeiter, sondern um **die Befreiung ihrer politischen Gefangenen.**

Hindenburgs Kurs in Sachsen

Wiedereinstellung des Amtshauptmanns Dr. Walther

Hohnlächelnd meldet die Telunion: „Der frühere Amtshauptmann von Annaberg, Dr. Walther, der von der Zeignerregierung abgesetzt und auf Wartegeld gesetzt worden war, ist, nachdem ein vom Landtag zur Nachprüfung der gegen Walther erhobenen Anschuldigungen eingesetzte Untersuchungsausschuß keinerlei Beweise für die Richtigkeit der erhobenen Vorwürfe fand, nunmehr mit Wirkung vom 1. Juni ab wieder im Staatsdienst eingestellt und als Oberregierungsrat an die Kreishauptmannschaft Bautzen berufen worden."

Der „Stützpunkt gegen die Reaktion", der „sozialistische" Ministerklüngel also ist es, der ganz offen die Geschäfte der Reaktion besorgt. Während die deutschen Arbeiter den Hinauswurf der monarchistischen Elemente aus dem Staatsapparat fordern, bringen es diese Sozialdemokraten fertig, ihre eigenen Parteigenossen aus dem Apparat zu werfen und Platz zu machen für stramme Monarchisten. Genau wie die SPD. im Reich besorgen die sozialdemokratischen Minister die Geschäfte der Herren Blüher und Beutler und freuen sich, wenn diese zufrieden lächelnd ihnen die Hand reichen. **Die Handlanger und Schrittmacher der Reaktion waren und sind, Sozialdemokraten!**

Ebersbach. (Bericht aus der Gemeindeverordnetensitzung.) Nachdem einige nebensächliche Bauangelegenheiten behandelt sind, beschäftigten sich die Gemeindeverordneten mit der Anregung des Betriebsrates der Firma Wünsches Erben, ein Kinderheim einzurichten. Der Genosse Voigt nimmt zu dieser Angelegenheit das Wort und setzt sich auf das wärmste für diesen Vorschlag ein. Er zeigte, wie infolge der ungeheuren Notlage insbesondere bei den Textilarbeitern, bei denen Familienväter mit oftmals weniger als 20 Mark nach Hause gehen müssen, die Not ungeheuer gestiegen ist, und die Frauen gezwungen sind, um den kärglichen Lebensunterhalt der Familie sicherzustellen, mit in die Betriebe arbeiten zu gehen müssen. Die Kinder sind sich während dieser Zeit oftmals allein überlassen. Weder Vater, noch Mutter können sich der Erziehung ihrer Kinder widmen. Die bürgerlichen Zeitungen schreiben fortgesetzt über die Verrohung der Jugend und verschweigen die wirklichen Gründe, die zu der mangelhaften Erziehung der Kinder führte. Hinter ihrem Geschrei versuchen sie nur, die Schande der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu decken. Auf Grund der Ausführungen des Genossen Voigt wurde ein Ausschuß gewählt, bestehend aus dem Bürgermeister und dem Gemeindeverordneten Hilscher, Helbig und Reinich. — Als Kanzlistin wird von 10 Bewerbern Fräulein Weber gewählt und angestellt.

Kamenz. (Arbeitertod.) Am Montag nachmittag verunglückte in einem Steinbruche in Bischheim der 21jährige Steinarbeiter Garten aus Niedersteina tödlich, indem ein abbrechender Stein ihm auf den Kopf fiel.

Chemnitz. (Tödlich überfahren.) Vorgestern vormittag wurde auf der Mühlenstraße die 75jährige Zimmermannswitwe Therese Führer von einem Straßenbahnzuge erfaßt und überfahren. Kopf und Arme wurden der Frau sofort abgefahren. Die Schuld soll die Frau selbst treffen.

Zwickau. (Beim Baden ertrunken.) Am Sonntag ertranken hier zwei Personen beim Baden. In der Mulde bei Niederhaßlau versank der Polizeibeamte Kurt Wetzel an einer tiefen Stelle und in einem Teiche des Staatsforstreviers Trünzig ertrank ein Arbeiter aus Zwickau.

Geyer. (In der Trunkenheit tödlich verunglückt.) Die Staatsanwaltschaft und die hinzugezogene Mordkommission aus Chemnitz haben festgestellt, daß der tot aufgefundene Ditzsch infolge Trunkenheit gestürzt ist und sich dabei die tödliche Verletzung zugezogen hat.

Adorf. (Raubüberfall.) In der Nacht zum Sonntag wurde der in Freiberg bei Adorf tätige 67jährige landwirtschaftliche Arbeiter Schmidt auf dem Heimwege nach Adorf von einem Unbekannten zu Boden geschlagen und ausgeraubt. Dem Täter fielen 8 Mark, eine goldene Uhr mit Kette in die Hände. Der Ueberfallene wurde blutüberströmt aufgefunden und in ärztliche Behandlung gebracht.

Jeder Kommunist im Betriebe

hat ein Interesse an der Ausgestaltung des Betriebsteiles der

„Arbeiterstimme"

Tausende von Betrieben gibt es in Dresden und Ostsachsen. Täglich ereignet sich etwas in jedem Betriebe. Rücksichtslos steigert jetzt das Unternehmertum die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter. Mit aller Brutalität schlägt man jede freiheitliche Regung im Betriebe nieder.

Die Arbeiter müssen sich selber helfen

Sie müssen über alle Vorkommnisse im Betriebe an die „Arbeiterstimme" berichten; auch über kleine, scheinbar unbedeutende Begebenheiten. Sie sind mitunter von weittragender Bedeutung. Die breiten Schichten der Oeffentlichkeit müssen von dem Leben der Arbeiter unterrichtet werden. Sendet deshalb Berichte aus den Betrieben; ihr werbt damit gleichzeitig

Leser für die „Arbeiterstimme"

Der Arbeiter-Schützenbund Gau Sachsen schreibt uns:

Durch rastlosen Eifer und Anspannung aller Kräfte ist es der kleinen Mitgliedschaft des Gaues gelungen, am 24. Mai 1925 den ersten Kleinkaliber-Schießstand unseres Freistaates in Golberode zu eröffnen. Dieser Schießstand steht jedem Arbeitersportler jederzeit nach vorheriger Anmeldung zur Verfügung. Trotz entfalteter reger Agitation ist bisher leider ein Vorwärtskommen des Gaues nicht zu verzeichnen gewesen. Tiefbeschämend für Arbeiter-Schießsportler ist es, wenn von 500 000 Mitgliedern der gleichen bürgerlichen Organisation dreiviertel Arbeiter sind. Arbeiterschießsportler! **Dieses bedauerliche Ergebnis muß anders werden.** Es ist Pflicht eines jeden Arbeiter-Schießsportlers sich dem Arbeiter-Schützenbund anzuschließen, damit auch wir den uns zukommenden Platz in der Arbeitersportbewegung ausfüllen können. **Auch Jugendliche finden in unseren Reihen volle Befriedigung eines der ältesten und schönsten Sportarten, nämlich des Schießsportes.** Wir betreiben das Schießen nicht des Mordes wegen, sondern pflegen den Schießsport nur aus Liebe zu seiner sportlichen Bedeutung. Was bietet nun der Arbeiter-Schützenbund seinen Mitgliedern? Für den geringen Monatsbeitrag von 0,30 Mark gewährt der Gau eine ausreichende Versicherung bei Schadenfällen im Schießsport nach dem ersten Jahre der Mitgliedschaft, unentgeltlichen Rechtsschutz in Streitfragen des Schießsportes, unentgeltliche Lieferung der Zeitung und Unterstützung bei Anlegung und Bau von Kleinkaliber-Schießständen an allen Orten des sächsischen Freistaates. Ferner besteht eine extra Haftpflicht- und Unfallversicherung wofür der Beitrag jährlich 1 Mark beträgt. — Man sieht also, daß der Bund seinen Mitgliedern Vorteile gewährt, wie sie keine andere Vereinigung des gegnerischen Lagers aufzuweisen hat. Aber nicht nur persönlicher Vorteile wegen, sondern aus der Ueberzeugung heraus, **daß die Arbeiterschaft den Zusammenschluß aller Werktätigen auf allen Gebieten vollziehen muß**, sollte sich jeder schießsporttreibende Arbeiter dem Arbeiter-Schützenbund anschließen. Man wende sich in allen Fragen an Curt Römer, Dresden-N., Rethelstraße 7.

Rundfunk

Mitteldeutscher Sender Dresden—Leipzig
Leipzig (Welle 454) — Dresden: (Welle 292).

Montag, den 15. Juni.

4,30—6 Uhr abds.: Konzert der Hauskapelle. 6 Uhr abds.: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen (Wiederholung). 6,15 Uhr abds.: Wirtschaftsnachrichten: Landwirtschaftliche, Baumwolle, Devisen (Fortsetzung) und Mitteilung des Leipziger Meßamtes für Handel und Industrie. 7 bis 7,30 Uhr abds.: Vortrag: Direktor Schöbitz vom Ortsamt für Kriegerfürsorge zu Leipzig, „Die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und diesen in der Versorgung Gleichgestellte". 7,30 Uhr abds.: „Der Troubadour", Oper in 4 Akten von Verdi. Italienischer Text (nach dem spanischen Drama von Guttierez) von Salvatore Cammarano. Dirigent: Alfred Szendrei. Personen: Leonore, Gräfin von Sargasto, Palastdame (Eva Graf), Ines, ihre Vertraute (Lene Eichler), Graf von Luna (Ernst Possony), Ferrando, sein Anhänger (Ernst Wachter), Azucena, eine Zigeunerin (Helene Neudegg von der Altenburger Oper), Maurico, ein Troubadour (Fritz Büttner), Ruiz, sein Vertrauter (Olsen Behrens), ein alter Zigeuner (Herbert Stockmann), Ein Bote (Gustav Wunderlich) — Ort: Teils in Biscaya, teils in Aragonien — Zeit: Anfang des 15. Jahrhunderts. Chor: Leipziger Oratorienvereinigung. — Orchester: Leipziger Sinfonie-Orchester. Anschließend (etwa 10 Uhr) Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.

SLUB
Wir führen Wissen.

Machtkampf in der Holzindustrie

Nachdem der „Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie" sich im Frühjahr reorganisiert hat, hält er jetzt die Zeit für gekommen, zum Generalangriff auf die Holzarbeiter und ihre Organisation überzugehen. Diesen Herren sind die geringen Lohnerhöhungen, die die Holzarbeiter sich in der letzten Zeit errungen haben, Anlaß genug zum Kampf. Dabei stehen die Löhne immer noch hinter den Friedensreallöhnen zurück. Der jetzige Kampf der Holzindustriellen, der von den Kapitalisten als Auftakt zum allgemeinen Angriff auf die Arbeiterschaft gedacht ist, wurde von den Holzindustriellen von langer Hand vorbereitet.

Schon seit Wochen führt der neuorganisierte Arbeitgeberverband eine systematische Kampagne in seiner Zeitung „Die Holzindustrie" gegen die augenblicklich bestehenden bezirklichen und örtlichen Tarife. Die bezirklichen und örtlichen Tarifabschlüsse, die nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Erneuerung des im Februar 1924 abgelaufenen Reichsmanteltarifes zustande kamen, passen den Herren Industriellen nicht mehr. Unter dem Deckmantel von zentralen Verhandlungen hofften sie gleichzeitig genügenden Anlaß zu finden, um eine generelle Herabsetzung der Löhne und eine Verschlechterung der Lebenslage der Holzarbeiter durchzudrücken.

In der „Holzindustrie" vom 2. Mai wird den Holzarbeitern schon der Kampf angekündigt. In einem Artikel, der sich gegen die Lohnbewegung der Holzarbeiter wendet, heißt es:

„Es wird jedoch dringend notwendig sein, daß die Abwehr solcher unberechtigten Forderungen nicht, wie es bisher geschehen ist, von einzelnen Gruppen der Arbeitgeber des Holzgewerbes ausgetragen wird, sondern daß, wenn, wie im gegenwärtigen Augenblick, sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß eine weitere Erhöhung der Löhne sich mit der Wirtschaft nicht verträgt, sich ein geschlossener Widerstand auch der organisierten Arbeitgeber herausstellt, der jedoch der geschlossenen Masse der organisierten Holzarbeiter gegenüber nur wirksam werden kann, wenn einheitlich die Antwort der Arbeitgeber auf die maßlosen Forderungen der Arbeitnehmer lautet: **„Bis hierher und nicht weiter!"**

Das war deutlich genug. Das war die offene Kriegserklärung. Die notwendigen Vorbereitungen für den Kampf wurden dann auf der Weimarer Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie am 13. Mai getroffen. Hier wurde beschlossen, daß die einzelnen Mitgliederverbände Lohnabkommen ohne Zustimmung des geschäftsführenden Vorstandes nicht mehr vereinbaren dürfen. Weiter wurde beschlossen, dem geschäftsführenden Vorstand Vollmacht unter Hinzuziehung eines Vertreters eines jeden Unterverbandes zum Abschluß eines Lohnabkommens zu geben. Damit war die Kampfleitung zum Angriff geschaffen.

Die folgenden Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband sollten den genügenden Anlaß zum Losschlagen geben. Die Forderungen wurden dann auch in den Verhandlungen von dem Arbeitgeberverband so gestellt, daß sie einer Verhöhnung der Holzarbeiter gleichkamen und die Verhandlungen scheitern mußten. Die Unternehmer dachten gar nicht daran, die so geringen Forderungen des Hauptvorstandes des Holzarbeiterverbandes, durchschnittlich 15 Prozent Lohnerhöhung, die schon vorher in den Bezirken gestellt worden waren, zu beachten, sondern sie schlugen Spitzenlöhne vor, die noch hinter den jetzt gezahlten Löhnen in verschiedenen Bezirken zurückblieben. So beträgt der Vertragslohn zurzeit in Köln 1,01 Mark. Die Unternehmer dagegen schlugen 0,95 Mark vor. Schon diese Tatsache allein beweist, daß es den Unternehmern bei den Verhandlungen nicht auf den Abschluß eines Vertrages ankam.

Die Holzindustriellen haben dann, nachdem die Verhandlungen abgebrochen waren, am gleichen Tage — am 6. Juni — durch WTB. mitteilen lassen, daß mit „Arbeitskämpfen im größeren Umfange" zu rechnen sei, und der Landesverband Brandenburg hat am gleichen Tage in einem Rundschreiben die restlose Aussperrung aller Holzarbeiter bis zum Sonnabend, den 13. Juni, bei Arbeitsschluß angeordnet. Alle Arbeiter, die nicht dem Holzarbeiterverband angehören, und die unterschriftlich bescheinigt haben oder noch bescheinigen, sollen mit voller Arbeitszeit weiter beschäftigt werden. Ein solches Rundschreiben konnte selbstverständlich nur noch am selben Tage von den Unternehmern herausgegeben werden, wenn sie nicht vorher ganz genau über die zu ergreifenden Maßnahmen klar waren und diese durch Beschluß festgelegt hatten. Am 8. Juni ist dann auch in der „Holzindustrie" schon der Beschluß veröffentlicht worden.

Die Aussperrung soll in allen Bezirken trotz der in den verschiedenen Bezirken noch laufenden Tarife durchgeführt werden. Die Unternehmer pfeifen auf die gemachten Abschlüsse, wenn sie die Zeit für erfolgreiche Durchbrechung dieser Tarife für gekommen erachten. Sie bestätigen damit nur von neuem die von der Opposition im Holzarbeiterverband immer vertretene Meinung, daß die Unternehmer nur dann die arbeitsgemeinschaftlichen Abmachungen annehmen, wenn sie sich im Augenblick nicht stark genug fühlen, um den Arbeitern ihren Willen aufzwingen zu können, daß sie aber im günstigen Augenblick diese ganzen Verträge als einen Fetzen Papier betrachten. Die Holzarbeiter sehen an dem Vorgehen der Unternehmer von neuem, wie falsch die Politik des Hauptvorstandes war, der oft günstige Gelegenheiten zur Verbesserung der Lage der Holzarbeiter verstreichen ließ und die Kollegen am Kampfe hinderte, weil die Tarifverträge dem im Wege standen. Tariffragen sind Machtfragen. Das ist die erste Lehre, die die Holzarbeiter aus diesem Kampf ziehen müssen. Der Hauptvorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes jedoch hat, statt die Mobilisierung der gesamten Holzarbeiter für den Kampf als Antwort auf die von den Industriellen getroffenen Vorbereitungen zu proklamieren, die Kollegenschaft eingelullt, und Flausen über die Vorbereitungen gemacht. Er nahm den von den Unternehmern hingeworfenen Fehdehandschuh nicht auf, sondern schmmerte vorher, daß der so notwendige Wirtschaftsfriede erhalten werden soll. Auf die Androhungen der Holzindustriellen schrieb er: **„Also Kampf statt Verständigung und planmäßiges Zusammenarbeiten. Dies ist die Losung der Unternehmer.** Wird dieser Kampf ebenso mustergültig geführt, wie der Artikelschreiber Deutsch schreibt, dann braucht es dem deutschen Holzarbeiterverband nicht bange zu sein."

Dieses Verhalten des Hauptvorstandes, seine Stellung, die er im Frühjahr 1924 beim Ablauf des Reichsmanteltarifs eingenommen hat, sein Verhalten bei den übrigen Kämpfen der Arbeiterschaft hat erst den Unternehmern der Holzindustrie den Kamm so gewaltig anschwellen lassen. Die Erfahrung zeigt von neuem, daß auf schiedlich-friedlichem Wege den Holzindustriellen ebensowenig beizukommen ist wie den anderen Industriellen.

Der Angriff der Holzindustriellen ist der Dank an die Reformisten für die Annahme des Dawesplanes, der der Arbeiterschaft als der „Aufstieg in das Sonnenland" von Tarnow gepriesen wurde. Die Unternehmer versuchen, die Lasten des Dawesplanes auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Das darf nicht geschehen. Die Arbeiterschaft muß die Angriffe der Kapitalisten durch die gemeinsame Kampffront abwehren. Die Holzarbeiter können den Angriff der Holzindustriellen ebenfalls nur abwehren, wenn sie ihre Kräfte in diesem Kampfe in den einzelnen Wirtschaftsgebieten nicht zersplittern, sondern wenn die gesamte Kraft der Holzarbeiter zur Abwehr eingesetzt wird. Der Hauptvorstand muß sofort mit den wichtigsten und entscheidensten Verbänden anderer Berufs- und Industriegruppen in den ausschlaggebendsten Gebieten die Verbindung herstellen, die nötigen Schritte zur Versorgung der Kämpfenden mit Lebensmitteln (Verbindung mit den Konsumgenossenschaften) unternehmen und alle Vorbereitungen treffen, daß der Kampf aktiv von den Mitgliedern geführt wird. Und wenn jeder einzelne Kollege am Kampfe aktiv beteiligt ist, und wenn der Kampf mit allen Mitteln (Verhinderung von Lieferungen, Transporten, Herausnehmen der Lehrlinge usw.) geführt wird, kann er mit Erfolg beendet werden.

Die erfolgreiche Abwehr des Angriffes liegt aber nicht nur im Interesse der Holzarbeiter, sondern liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Die Unternehmer, die hoffen, die Holzarbeiter durch einen lang andauernden Kampf zermürben zu können, müssen erfahren, daß die gesamte Arbeiterschaft in diesem Kampfe auf seiten der Holzarbeiter steht und sie aktiv im Kampfe unterstützt. Der ADGB. hat die Pflicht, alle Vorbereitungen zu treffen, um evtl. durch Einbeziehung von ausschlaggebenden Betrieben den Kampf zugunsten der Holzarbeiter zu beenden. Der einmal den Holzarbeitern aufgezwungene Kampf darf nicht nur um die Abwehr des Angriffs der Holzindustriellen geführt werden, sondern die einmal mobilisierten Kräfte müssen gleichzeitig für die Durchsetzung der vom Hauptvorstand gestellten Lohnforderung, Erhöhung der Löhne um 15 Prozent und weiter die Zurückeroberung des Achtstundentages, bezgl. der 48-Stundenwoche, eingesetzt werden.

Die Unternehmer, die in ihrem Angriff auf die Lebenslage der Holzarbeiter versuchen, die Front der Holzarbeiter zu zersplittern und auf die durch die Politik des Hauptvorstandes verursachte Flucht aus dem Verband glauben rechnen zu können, müssen auf den eisernen Willen aller Holzarbeiter stoßen. Die Holzarbeiter müssen die Hoffnung der Holzindustriellen durch die Tat vernichten, indem sie restlos in den Holzarbeiterverband zurückkehren und gemeinsam mit den oppositionellen Kollegen den Kampf gegen das Unternehmertum führen. Darum hinein in den Holzarbeiterverband! Organisiert die Kampffront!

Zum 2. Kongreß des Afa-Bundes

Vom 15.—17. Juni findet in München der Kongreß des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt. In den drei Jahren, die seit dem ersten Kongreß verstrichen sind, hat sich die Lage der Angestellten in bedeutendem Maße verschlechtert. Hat doch in dieser Zeit der berüchtigte Abbau stattgefunden, dem Hunderttausend von Angestellten zum Opfer gefallen sind. Der sogenannte Beamtenabbau war zu einem großen Teil ein radikaler Abbau der auf Privatdienstvertrag tätigen Angestellten bei den Behörden und öffentlichen Institutionen. Die Abbauseuche hat aber bei den Behörden nicht Halt gemacht, auch in Industrie und Handel und insbesondere bei den Banken sind ihr unzählige Angestellte zum Opfer gefallen. Dazu kommt noch, daß nach dem Kriege viele Angehörige unserer Berufe, insbesondere Kriegsbeschädigte, als kaufmännische Angestellte ihr Brot zu verdienen suchten. So ist es kein Wunder, daß alle Arbeitsnachweise seit Jahr und Tag in ihren periodischen Berichten immer und immer wieder hervorheben, daß der Stellenmarkt für die kaufmännischen und Bureauangestellten, für die Techniker und Werkmeister, unverändert ungünstig ist, und daß viele Tausende von Angestellten als Hilfsarbeiter oder Notstandsarbeiter, Erdarbeiter usw. zu den miserabelsten Löhnen tätig sind.

An dem katastrophalen Stand des Arbeitsmarktes für Angestellte hat zu einem großen Teil schuld der **Verlust des Achtstundentages.** Unmittelbar nach der Novemberrevolution wurde in vielen Großbetrieben nur 7 Stunden mit noch kürzerer Arbeitszeit am Sonnabend, überall aber auf keinem Fall länger als 8 Stunden gearbeitet. Heute existiert der Achtstundentag für die überwältigende Mehrheit der Angestellten nicht mehr. Besonders in den vielen kleinen und mittleren Betrieben hat sich wieder die Sitte der „guten alten Zeit" eingebürgert, daß im Kontor eben so lange gearbeitet wird, als die Arbeit zu erledigen ist.

Und sieht man sich die Angestelltentarife an, soweit sie heute überhaupt noch existieren und die Unternehmer nicht einfach einen individuellen Arbeitsvertrag mit „ihren" Angestellten tag nicht einmal mehr auf dem Papier stehen geblieben ist.

Parallel mit dieser Verschlechterung der Lage der Angestellten ging auch die Rückwärtsentwicklung der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen. Wenn das auch mit Ausnahme des Zentralverbandes der Angestellten, wo eine besonders bornierte Führerclique wie der Ochs im Porzellanladen wütet, zahlenmäßig nicht so sehr in Erscheinung getreten ist wie bei den Arbeitergewerkschaften, so muß doch festgestellt werden, daß der Einfluß des Afa-Bundes auf die kaufmännischen Angestellten bedeutend geringer geworden ist. Nur die Verbände der Techniker und Werkmeister und bis zu einem gewissen Grade auch der Bankangestellten haben sich den Gelben gegenüber einigermaßen behaupten können. Das liegt zu einem großen Teil daran, weil in ihnen nicht so stark die schamlose und verbrecherische Kommunistenhetze und Zertrampelung aller freigewerkschaftlichen Grundsätze betrieben wurde, die speziell dem Z. d. A. zu einem Wrack und zum Gespött seiner Gegner gemacht hat.

Die Leitung des Afa-Bundes selbst, die einst im reformistischen Lager als radikal verschrien war, ist nach den Oktobertagen des Jahres 1923 beträchtlich nach rechts gerückt. Das kam am besten zum Ausdruck auf einer der letzten Bundestagungen, wo Herr **Aufhäuser** sich entschieden **gegen die internationale Gewerkschaftseinheit** ausgesprochen hat. Als Ersatz dafür predigt er jetzt auf den Tagungen der angeschlossenen Verbände die Verschmelzung mit den Gelben.

Betrachtet man nun die **Tagesordnung** des 2. Afa-Gewerkschaftskongresses, so muß man feststellen, daß sie im Gegensatz zu der des Kongresses des ADGB. reichhaltiger ist und den Problemen der Gewerkschaftsbewegung eher gerecht wird. Unter anderem ist ein besonderes Referat über den Kampf um den Achtstundentag vorgesehen, ebenso eines über die Rätegesetzgebung und die Steuerfrage. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß die Leitung des Afa-Bundes auch in diesen Fragen über platonische Liebeserklärungen nie hinausgekommen ist. In der Praxis durfte z. B. das Mitglied der Bundesleitung, Herr Giebel, in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter ungeschoren alle Anträge in der Steuerfrage, die jetzt vom Bund aufgestellt werden, niederstimmen. Wie auch Herr Giebel es fertig brachte, für die Ermächtigungs- und Abbaugesetze zu stimmen um dann vor den Mitgliedern gegen den Raub des Achtstundentages und den Abbau zu „protestieren". Dieser Widerspruch zwischen Wort und Tat ist es überhaupt, der viele Angestellte an der freigewerkschaftlichen Bewegung irre werden ließ und sie wieder ins gelbe Lager zurückgetrieben hat.

Ein großer Mangel an der Tagesordnung ist das Fehlen eines Referates über die nationale und internationale **Gewerkschaftseinheit.** Daß das kein Zufall ist, haben wir bei der Charakterisierung Aufhäusers schon angedeutet. Und doch ist es bei der besonders gedrückten Lage, in der sich die Angestellten befinden, dieses Problem für sie von ganz besonderer Bedeutung. Es ist ganz klar, daß ein erfolgreicher Widerstand der Angestellten gegen das Unternehmertum, ein dauernder Wiederaufstieg der freien Angestelltenbewegung nur möglich ist im Rahmen einer wirklich konsolidierten und einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im internationalen Maßstabe. Um so unverantwortlicher ist es deshalb, wenn die Bundesleitung diesen Problemen aus dem Wege zu gehen versucht. Wenn der Bundestag wirklich die Interessen der Angestellten vertreten will, so kann er auch unmöglich schweigend an den Zuständen vorübergehen, die im Laufe des letzten Jahres im ZdA. eingerissen sind. Auf Grund der einzig dastehenden Kasseler Beschlüsse, nach denen kein Verbandsmitglied, das der KPD. angehört, oder mit den Kommunisten sympathisiert, Verbandsfunktionär sein darf, unterdrückt eine gewissenlose und arbeiterfeindlich eingestellte Führerschaft nicht nur ständig jede Opposition, schließt sie aus dem Verbande aus, löst oppositionelle Verwaltungen auf, sie verweigert auch systematisch allen klassenbewußten Angestellten die Aufnahme in die Organisation.

Der Kongreß kann schon darum nicht an diesen in der Geschichte der freigewerkschaftlichen Bewegung beispiellos dastehenden Verbrechen vorübergehen, weil in den anderen Afa-Organisationen die Zusammenarbeit zwischen Leitung und Opposition bei aller kritischen Einstellung derselben und bei aller sachlichen Austragung der Gegensätze sich nur zum Vorteil der Organisation auswirkt. Wir können uns nicht vorstellen, daß dabei zum Beispiel bei den Technikern andere Voraussetzungen bestimmend sein könnten als bei den kaufmännischen Angestellten. Entstammen sie doch denselben Schichten und haben eine gemeinsame Ideologie. Der scharfe Mißton, die unsachlichen Auseinandersetzungen mit den brutalsten Mitteln und die daraus resultierende Zerstörung der Organisation sind ausschließlich durch die besondere Sorte von Führern in den ZdA. hineingetragen worden, die um jeden Preis der Bourgeoisie Liebesdienste erweisen und die Organisation oppositionsrein halten wollen. Der Bundestag hat im Interesse der gesamten Angestelltenbewegung die Pflicht, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß in einer der wichtigsten und einstmals weitaus stärksten von allen der Afa angeschlossenen Organisationen sofort gebrochen wird mit den verbandszerstörenden Praktiken und der Kasseler Beschluß schleunigst außer Kraft gesetzt wird.

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden. — Druck: „Peuvag" Filiale Dresden. — Verantw. Red.: Rudolf Renner, Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Autorisierte Übersetzung aus dem vom Autor neubearbeiteten amerikanischen Manuskript von Hermynia zur Mühlen. Copyright by „Der Malik-Verlag" 1924. Alle Rechte insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung vorbehalten.

(10. Fortsetzung)

Es gab so unzählige Argumente dafür und dawider, die einzelnen Mitglieder der Familie waren so schwer zu überzeugen, daß derjenige, der sie überzeugen wollte, schließlich selbst schwankend wurde. Und dann kam noch Szedvilas hinzu, erzählte Schauergeschichten von Leuten, die durch einen solchen Hauskaufschwindel zugrunde gerichtet worden waren. Auch beim Kontraktabschluß würde man betrogen; wie kann sich denn ein armer Mensch dabei auskennen? Das Ganze sei Betrug und Gaunerei, man dürfe sich nicht darauf einlassen. „Und ewig Miete zahlen?" fragte Jurgis. „Auch dies sei ein Betrug, meinte Szedvilas, aber wird denn der Arme nicht immer betrogen?" Betrügt ihn der eine nicht, so betrügt ihn der andere, und er vermag sich nicht zu wehren.

Entscheidend auf ihren Entschluß wirkte die Tatsache, daß sie in ihrer gegenwärtigen Wohnung nicht bleiben konnten. Und es fiel ihnen ebenso schwer, neun Dollars Miete zu zahlen. Eine Woche lang rangen sie mit dem Problem, dann beschloß Jurgis auf eigene Verantwortung den Kauf. Jonas hatte Arbeit gefunden, war Karrenschieber in Durhams Fabrik, bei Brown wurde bis spät abends geschuftet, all dies kräftigte schier stündlich Jurgis' Mut und Vertrauen, er fühlte sich als Herr des Schicksals. Andere mochten bei einem derartigen Kauf zugrunde gehen, aber er ist nicht der Mensch, der zugrunde geht; er kann den ganzen Tag und, wenn es nottut, auch die ganze Nacht arbeiten, er wird nicht ruhen und rasten, bis das Haus bezahlt ist, die Familie wahrhaft ein Heim hat.

So suchten sie denn den Agenten auf, erklärten, sie seien bereit, das Haus zu kaufen, atmeten erleichtert auf, da er ihnen mitteilte, sie seien noch rechtzeitig gekommen.

Am folgenden Morgen sollten sie den Kontrakt unterschreiben. Jurgis wußte wohl, daß hier Vorsicht geboten sei, doch konnte er nicht selbst dabei sein, hatten ihm doch die Kameraden erklärt, er würde, verlange er einen Tag frei, höchstwahrscheinlich seine Stelle verlieren, jedenfalls den Urlaub nicht erhalten. Er mußte das wichtige Geschäft also den Frauen überlassen, und Szedvilas, der sie zu begleiten versprach.

Frühmorgens machten sie sich auf den Weg. Jurgis hatte den Frauen so viele Ratschläge gegeben, sie vor so viel Gefahren gewarnt, daß sie ganz blaß vor Angst waren, und sogar der gemächliche, gelassene Szedvilas, der auf seine Geschäftstüchtigkeit äußerst stolz war, fühlte sich unbehaglich. Der Agent hatte bereits den Kontrakt vorbereitet. Szedvilas nahm ihn zur Hand, studierte ihn langsam und mühselig, während der Agent mit den Fingern auf das Pult trommelte. Tante Elzbieta stand der Schweiß auf der Stirne; würde der Herr, wenn sie das Dokument so genau studieren, nicht am Ende glauben, sie zweifelten an seiner Ehrlichkeit? Inzwischen erwachte in Szedvilas Geist ein furchtbarer Verdacht, mit gerunzelter Stirn las er weiter. Dies war ja, soweit er es verstehen konnte, gar kein Kaufvertrag, sondern bloß ein Mietvertrag! Freilich war das Dokument in einem juridischen Jargon abgefaßt, den kein Mensch begreifen konnte, aber das eine war doch ganz klar, die Partei erklärt sich bereit, die Bedingungen des Kontraktes zu erfüllen und besagtes Gebäude zu mieten und weiter; eine monatliche Miete von zwölf Dollars für die Zeit von acht Jahren und vier Monaten. Szedvilas nahm die Brille ab, blickte den Agenten an und stammelte eine Frage.

Der Agent blieb äußerst höflich, erklärte, dies sei die gewöhnliche Formel, es heiße offiziell immer, das Haus sei bloß gemietet. Er wollte ihnen etwas auf der anderen Seite des Blattes zeigen; Szedvilas aber kam nicht über das Wort Miete hinweg, und da er es Tante Elzbieta mitteilte, erschrak diese furchtbar. Das Haus wird also neun lange Jahre nicht ihnen gehören! Der Agent begann mit unermüdlicher Geduld von neuem zu erklären, doch wollten sie nichts von einer Erklärung wissen. Elzbieta entsann sich Jurgis' Worte: „Wenn irgend etwas nicht zu stimmen scheint, gebt ihm das Geld nicht, geht zu einem Rechtsanwalt." Sie verkrampfte die Hände um den Stuhl, keuchte gequält, würgte schließlich hervor, sie wolle einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen. Jokubas übersetzte ihre Worte. Sie hatte erwartet, der Agent würde wütend werden, doch blieb er zu ihrer Verwirrung noch immer gelassen, bot sogar an, einen Rechtsanwalt kommen zu lassen. Doch gingen sie nicht auf diesen Vorschlag ein. Sie strebten viele Straßen entlang, um bestimmt einen Rechtsanwalt zu finden, der kein Spießgeselle des Agenten war. Wie groß aber war ihre Bestürzung, als der endlich gefundene Rechtsanwalt beim Betreten des Bureaus den Agenten bei seinem Vornamen anredete!

Nun deuchte sie, alles sei verloren, sie saßen da wie Gefangene, die auf das Todesurteil warten; sie konnten nichts mehr tun, waren in die Falle geraten. Der Rechtsanwalt las das Dokument und erklärte Szedvilas, alles sei in schönster Ordnung. Der Delikatessenhändler stellte mit zitternder Stimme eine Frage nach der anderen; in stummer Qual und Angst hingen die Augen der Frauen an ihm. Sie verstanden ja nicht, was er sagte, wußten bloß, von ihm hänge ihr Schicksal ab. Nun fragte Jokubas Tante Elzbieta, ob sie den Vertrag unterschreiben wolle.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Erneute Entlarvung der Gewerkschaftsspalter

Der Genosse G. Hermann, ein langjähriges Gewerkschaftsmitglied, wurde als Mitglied des Bauarbeiterverbandes im Jahre 1923, als der Kommunistenfresser Fritz Paeplow mit seiner Ausschlußkampagne den deutschen Bauarbeiterverband zerschlug, ebenfalls aus der Organisation ausgeschlossen. Dieser Ausschluß wurde auf Betreiben des Ortsvereinsvorsitzenden von Pirna, dem SPD.-Verbandsangestellten Herr des Deutschen Bauarbeiterverbandes durchgeführt.

Dieser Unternehmerknecht war es auch, der dem Bauarbeitgeberverband gegen den Genossen Hermann scharf machte, und den Genossen Hermann als **ein gefährliches Element und einen Radauhelden bezeichnete.** Als dem Genossen Hermann es unmöglich geworden war, im Baugewerbe wieder Arbeit zu erhalten, glückte es ihm endlich, in der Textilindustrie unterzukommen. Als der saubere Gewerkschaftsverführer Herr davon Kenntnis erhalten hatte, ließ es ihm keine Ruhe, und er wußte nichts Besseres zu tun, als sich mit dem Deutschen Textilarbeiter-Verband in Verbindung zu setzen, um die Aufnahme des Genossen Hermann in dem DTV. zu verhindern. Er kam eine Nasenlänge zu spät. Genosse Hermann war bereits Mitglied und so fiel dieses schändliche Werk zunächst ins Wasser. Dem reformistischen Gewerkschaftsführer war jedoch der Genosse Hermann ein Dorn im Auge. Seine gewerkschaftliche Tätigkeit, bei der er alle Schandtaten dieser Bureaukraten in der notwendigen Form geißelte, mußte unterbunden werden. Der bekannte Streik bei der Firma Küttner gab denn auch den Textilbonzen die willkommene Gelegenheit, den Ausschluß aus dem DTV. gemeinsam mit dem Ausschluß des Betriebsratsvorsitzenden, des Genossen Robert Klett durchzuführen.

Trotz aller dieser gemeinen Spaltungsversuche ließ sich Genosse Hermann nicht hindern, seiner gewerkschaftlichen Ueberzeugung entsprechend, für die Organisation zu arbeiten und zu werben. Nicht weniger als dreimal wandte er sich an seine Berufsorganisation, den Bauarbeiterverband, zwecks Wiederaufnahme in den Verband, dreimal wurde diese Aufnahme abgelehnt. Nunmehr wandte sich Genosse **Hermann direkt an den Bundesvorstand des Deutschen Baugewerksbundes, nachdem auch** seine Kollegen auf der Baustelle, die **eingetragene Mitglieder des** Bauarbeiterverbandes sind, die **Wiederaufnahme des Genossen** Hermann gefordert hatten. **Im Einverständnis** mit diesen Kollegen richtete Genosse Hermann **folgendes** Schreiben an den Bundesvorstand:

Pirna, den 15. Mai 1925.

An
den Baugewerkschaftsbund Deutschlands
Hamburg.

Zu Händen des Verbandsvorsitzenden Herrn Fritz Paeplow.

Gesuch um **Wiederaufnahme des** im 3. Quartal 1923 ausgeschlossenen Maurers **Gustav Hermann**, geboren am 11. März 1899 (38002) **Baugewerkschaft Pirna.**

Der Unterzeichnete stellt hiermit an den Verbandsvorstand das Ersuchen, **in den Baugewerkschaftsbund** wieder aufgenommen zu werden. **Da man mich durch** Anfrage bei der Baugewerkschaft Pirna **an den Bundesvorstand** verwiesen hat, so rechne ich damit, **daß der Bund selbst** Interesse daran haben muß, die gesamte **Bauarbeiterschaft in sich verkörpert** zu sehen. Mein mir damals **mitgeteilter Ausschluß besteht bis heute noch** zu Unrecht, denn **meine Arbeit für den Bund**, die ich während der Zeit meines **Ausschlusses getan habe**, werden nur die Kollegen wissen, **welche mich auch in der diesjährigen** Bauperiode zu ihren Vertreter **und Delegierten** gewählt haben.

Alle die Kollegen, welche Mitglieder des Baugewerkschaftsbundes **sind, bürgen mit ihrer** Unterschrift dafür, daß man mich **wieder in den** Baugewerkschaftsbund aufnehmen soll.

Es zeichnet als Antragsteller
Gustav Hermann, Maurer
Pirna-Copitz, Lugweg, Siedlung

Als Arbeitskollegen der Baustelle — Neubau Ruderhaus, **Pirna, die eingetragenen** Mitglieder.

Paul Hornoff, Willy Wehner, Johannes Hahnewald, **Franz Marzog**, Alfred Hertwig, Wigand Herberg, **Paul Boden**, Gustav Voigt, Fritz Köhler, Ewald Peukert, Alfred Voigt.

Der Vorstand des Deutschen Baugewerkschaftsbundes antwortete **auf diesen Antrag mit** folgenden, ebenso gemeinen, wie **frechen** Schreiben und zeigt damit was wir schon so oft gesagt **haben, daß diesen Reformisten der Kampf gegen die in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten hundertmal wichtiger ist als die Einheit der Gewerkschaft.** Der Bundesvorstand des Deutschen Baugewerkschaftsbundes schreibt:

Hamburg, den 22. Mai 1925

Herrn
Gustav Herman
Pirna-Copitz

Kollege Hermann!

Dein Antrag vom 5. Mai auf Wiederaufnahme in den Deutschen Baugewerkschaftsbund ist in unsere Hände gekommen.

Diesen von Dir geäußerten Wunsch kann der Bundesvorstand jedoch nicht erfüllen, und zwar aus dem einfachen Grunde deshalb nicht, weil wir uns gar nicht denken können, daß ein Mensch wie Du sich jemals so bessern könnte, daß an eine ersprießliche Mitarbeit in der Organisation gedacht werden kann.

Leute, die in den Verband trachten, aber nicht den Willen haben, dem Bund ein einwandfreies Mitglied zu sein, tun besser außerhalb zu bleiben, da wir nun nicht annehmen, daß bei Dir eine Besserung eintreten könnte, lehnen wir die Wiederaufnahme ab.

Deutscher Baugewerkschaftsbund
Bundesvorstand
gez. i. A. Gustav Mohnk.

Diese freche **und gemeine** Antwort der Baugewerkschaftsbonzen kennzeichnet in geradezu drastischer Weise die arbeiterfeindliche Haltung der Verbandsbureaukratie.

Die Arbeiter wissen nun wer die Spalter der Gewerkschaftsbewegung und der Gewerkschaften sind.

Der Genosse Hermann wird sich auch durch **diese neue Gemeinheit der** Bureaukraten nicht abhalten lassen, **weiter für die** Gewerkschaft zu werben und zu kämpfen und seine **Pflicht als** Baudelegierter auch ohne das Mitgliedsbuch des Baugewerkschaftsbundes zu tun. Die Bauarbeiter aber werden **aus diesem neuen Schandstreich** der Paeplowgarde die **Lehre ziehen, den Kampf** um die **Wiederaufnahme** der Ausgeschlossenen **und für** die Einheit der deutschen und internationalen **Gewerkschaftsbewegung** zu verdoppeln und dafür sorgen, das den **Saboteuren der geschlossenen** Arbeiterfront recht **bald das Handwerk gelegt wird.**

Vom Hundeleben der mitteldeutschen Bergarbeiter *)

Elf Stunden Arbeit im Brikettwerk Theißen.

Ein Ausgesteuerter aus Gera schreibt uns:

Vor mehreren Tagen prangte an der Tafel des Städtischen Arbeitsnachweises in Gera folgende Inschrift: **50 Mann für Abraum nach Zeitz gesucht.** Es gab schon einmal eine Zeit, [illegible] nach dem Braunkohlengebiet von hier aus fuhren. Damals existierte **noch der Achtstundentag**, aber auch damals trieb nur die Not und der Hunger die Arbeiter den Grubenbaronen als williges Arbeitsvieh in die Hände. Heute sind die Bedingungen noch bedeutend schlechter, denn **im Braunkohlengebiet wird jetzt 11 und 12 Stunden unter den schlechtesten Bedingungen geschuftet.** Der Tarif lautet: Schicht (10 Stunden) 4,00 M., dazu noch 80 Zentner Briketts pro Jahr. **Selbst dem Arbeitsnachweisbeamten M. und dem Regierungsrat Bauer erschien dieser Hundelohn zu niedrig**, und man gewährte für Verheiratete noch den Zuschlag für Frau und Kind, den sie bisher vom Arbeitsnachweis erhalten hatten. Ausgesteuerte waren aber von dieser Vergünstigung ausgeschlossen!

Da sich unter den **Unterstützungsberechtigten** nur wenige fanden, die unter derartigen **Schandbedingungen** ihre Arbeitskraft zum Verkauf bringen wollten, kam man **auf folgendes Mittel: Genau wie im Mittelalter** werden die **Sklaven** (Ausgesteuerten) **zusammengetrieben.** Wer sich weigert, die Arbeit in Zeitz anzunehmen, wer sich **also** nicht als Lohndrücker gebrauchen läßt, dem wird **vom Wohlfahrtsamt aus das** bißchen **Unterstützung entzogen.** Das „**Wohlfahrts**“amt will den Grubengewaltigen unter allen Umständen billige Arbeitskräfte zutreiben.

Wir hatten also als Ausgesteuerte das Vergnügen, nach Zeitz zu fahren. Beim Arbeitsnachweis stellten wir bereits fest, daß **in Zeitz selbst noch eine große Anzahl Arbeitslose vorhanden** ist. Wenn man die Verhältnisse auf den Abraumbetrieben dann näher kennen gelernt hat, wundert man sich nicht, daß es dem **Zeitzer Arbeitsnachweisbeamten Schaller** (früher selbst Kumpel) trotz der größten Bemühungen und trotz Drohungen der Unterstützungsentziehung **nicht gelingt, Zeitzer Arbeiter nach Theißen in Arbeit zu bringen.** Wir bekamen jeder eine Karte ausgestellt und mußten uns mit dieser in der **Brikettfabrik Theißen** melden. Wir wurden angenommen, mußten uns vom Knappschaftsarzt untersuchen lassen, ob noch genügend Kräfte in unseren Knochen für die Grubenbarone vorhanden sind, und für die **Untersuchung 3 Mark bezahlen.** Bei uns ging es auf Kosten des Wohlfahrtsamts, sonst muß **der Arbeiter selbst** bezahlen. Der Knappschaftsarzt war an diesem Tage nicht anwesend, so daß wir nochmals von Gera aus antreten mußten, um uns mit dem ärztlichen Attest in der Tasche auf der Grube zu melden. Der **Betriebsleiter**, der wahrscheinlich mehr Verständnis für die Ware Arbeitskraft hatte als der Arzt, erklärte: **Warum uns die Menschen nur immer schon drei Viertel Tote vermitteln!**

Nun noch ein paar Worte zu den **Lohnzahlungen**, wie sie auf diesen Mordbetrieben wöchentlich vorgenommen werden. Das Werk Theißen (Brikettfabrik) zahlt pro Schicht (10 Stunden) 4,08 Mark.

6 Schichten (60 Stunden à 4,08 M. gleich 24,48 M.

Abzüge:

Knappschafts-, Kranken- u. Invalidengeld	2,00 M.,	
Steuern	0,72 M.,	
Erwerbslosenfürsorge	0,12 M.,	
Wochenkarte	4,20 M.	gleich 7,04 M.

Reinverdienst für 60 Arbeitsstunden: 17,44 M.

Von Gera sind wir, was nicht zu vergessen ist, mindestens 17 Stunden unterwegs. Der Zug fährt morgens 4,15 Uhr von Gera ab, abends 8,30 Uhr kommen wir wieder zurück!

*) Zu dieser Lage haben auch die Gewerkschaften Stellung genommen und im ganzen Reich vor dem Zuzug in die mitteldeutschen Braunkohlengruben gewarnt.

Jetzt versucht man von seiten der Grubengewaltigen auch noch mit allen Mitteln, die Arbeitszeit weiter zu erhöhen auf 11 Stunden, indem man den Proleten die Frühstücks- und Vesperpausen abzuzwacken versucht.

Wenn jetzt sich immer mehr zeigt, daß auch die Arbeitsnachweise und Wohlfahrtsämter, **die von der SPD. als soziale Einrichtungen** nie genug gerühmt **werden konnten, nur Reservoire für Lohndrücker und Streikbrecher bilden**, so ist es dringend notwendig, daß die Arbeiterschaft in ihrer großen Masse aufwacht und eine geschlossene Front in den Betrieben und Gewerkschaften bildet. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich um die Arbeitsnachweise und die Arbeitslosenprobleme bekümmern und diese Angelegenheit keinesfalls unbesehen der Bureaukratie überlassen.

Versammlungskalender

Am 27. Juni 1925, abends 6 Uhr, findet in Dresden
zum Bezirks-Parteitag
eine Bezirksausschußsitzung statt, **wo** alle U.-B.-Pol- und Orgleiter anwesend sein müssen, sowie die gesamten B.-L.-Mitglieder. Lokal: Glasewaldthof, Glasewaldtstraße. Zu erreichen mit Straßenbahnlinie 8, 19, 20 und 22.

Montag, den 22. Juni 1925, abends 7,30 Uhr:
Betriebskorrespondenten- und Betriebszellenleiterbesprechung
Referent: W. Schneider
Lokal: „Stadt Braunschweig“, Jakobsgasse
Bestimmt und pünktlich erscheinen. Bezirksleitung

KPD.-Sportler. Dienstag, den 16. Juni, abends 7,30 Uhr **wichtige Sitzung im Sekretariat, Jakobsgasse 15. Jedes** Stadt- **und Arbeitsgebiet muß** vertreten sein.

Zellengruppe 4 Neustadt-O. Am Mittwoch den 17. Juni, abends 7,30 Uhr Funktionär- und **Ressortvertreter-Konferenz** im „Goldbrunnen“, Görlitzer Straße, Ecke Bischofsweg. D. L.

Zellengruppe Industriegelände (Hartmann). Dienstag, den 16. Juni, nachm. 5 Uhr im „Sächs. Heer“, Königsbrücker Ecke Heeres-Straße, wichtige Zellengruppen-Sitzung. Ref.: Renner. Alle Genossen aus den umliegenden Betrieben müssen restlos und pünktlich erscheinen. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Ortsgruppe Freital. Freitag den 19. Juni wichtige Gruppenversammlung im Restaurant Gebauer, Freital-Deuben, abends 8 Uhr, pünktlich.

Ortsgruppe Meißen. Dienstag, den 16. Juni, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung.

U.-B. Bautzen. Sonntag, den 21. Juni 1925, vorm. 9 Uhr, in Kutschkes Gasthof Cunewalde U.-B.-Mitgliederversammlung. Tagesordnung sehr wichtig. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

U.-B.-L. der KJ. Oberlausitz. Montag, den 15. Juni, nachmittags 6 Uhr, wichtige Sitzung in Halbendorf. Treffen bei Genossen G. **Die Pol.-Leitung**

Freital KJ. Jeden Dienstag, abends 7,30 Uhr, Zusammenkunft im Restaurant „Stadt Freital“. Parteigenossen, schickt eure schulentlassenen Kinder in die Veranstaltungen der KJ.

KJ. Pirna. Dienstag, den 16. Juni, abends 7,30 Uhr Funktionärsitzung.

RFB. Zentrum. Montag, den 15. dieses Monats, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Palmbaum“, Freiberger Straße 12. Es ist Pflicht jedes Kameraden, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

RFB. Neustadt-West. Montag, abends 7,30 Uhr, Abteilungsversammlung im Restaurant zur Glocke, Rehefelder Straße. Die Kameraden müssen restlos erscheinen. Sympathisierende mitbringen. **Die Leitung.**

Jungsturm Striesen. Mittwoch, den 17. Juni, abds. 7 Uhr, Versammlung. Gestellt wird am Sportplatz Bärensteiner Str., Ecke Hepkestraße. Der Abteilungsführer

Arbeitersport

Arbeiter-Sport- und Kulturkartell Dresden-Leuben und Umgebung. Montag, den 15. Juni, abends 8 Uhr im Jugendheim Vollversammlung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Der DSV. 1910, der im Vorjahre die Bundesmeisterschaft im Fußball errungen hatte, hat es auch in diesem Jahre fertig gebracht, sich bis zum Endspiel durchzuarbeiten. Im Vorrundenspiel fertigte er am 7. Juni in Nürnberg Nürnberg-West mit 4:1 ab. Das Schlußspiel findet am Sonnabend den 27. Juni, 6,30 Uhr in der Dresdner Kampfbahn statt. Der DSV. 1910 tritt gegen Stralau (Berlin), die sich ebenfalls zur Endrunde qualifiziert haben, an. Wir weisen schon jetzt auf dieses Spiel hin, da es auf jeden Fall eine sportliche Delikatesse wird.

Pirna 1 — Heidenau 1 0:2. Bis Halbzeit offenes Spiel. Heidenau findet sich gut zusammen und kann 2 Tore erzielen. **In der** zweiten Halbzeit spielt Pirna überlegen, konnte jedoch nichts erreichen.

Bezirk Chemnitz. Grüna—Favorit 3:2, Sachsen—Ring 4:2, Sp.-V. Schönau—Wacker 3:0. Am Freitag spielte die Dresdner Städtemannschaft gegen Löbtau 3:3. Für dieses Spiel hatten nur verhältnismäßig wenig Interesse. Die Städtemannschaft entsprach nicht ganz den Erwartungen. Löbtau spielte sehr eifrig und hätte das Spiel beinahe gewonnen. (Ausführlicher Bericht im S. A. S.) Die Fußballspiele des Bezirksfestes in Kötzschenbroda brachten folgende Ergebnisse: Am Sonnabend spielte Kötzschenbroda—Radebeul 1:7 und Sonntag Alemannia gegen Pieschen 2:5.

Sonntag den 21. Juni, nachm. 5,30 Uhr, kommt auf der **Ilgen-Kampfbahn zwischen Sturm 1 — Cotta 1 ein Fußballspiel** zum Austrag. **Genossen, erscheint** zu **dieser Veranstaltung.**

Theater am Wasaplatz
Heute und folgende Tage:
Das silberne Kaninchen!
Lustspiel in 3 Akten von Alfr. Möller
Beginn Wochentags 8¼ Uhr. Sonntags 7¾ Uhr
Der große Lacherfolg!

Tymians Thalia-Theater Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Siedlerverein Pirna
Mittwoch, d. 17. Juni 1925 abends ½8 Uhr im Restaurant „Zum Zwinger“
wichtige Mitgliederversammlung
Alle bestimmt erscheinen. Gäste willkommen.

Möbl. Zimmer oder Schlafstelle
für 2 Herren, am liebsten Zentrum, baldigst gesucht. Angebote an Alfred Krippendorf, Münzgasse 12 I

Kakao
kräftig u. rein!
Pfd. 60 Pf.
Wilh. Baege
Pirna

Wald-Tanzplan Kaisermühle Lößnitz-Grund
Mittwochs und Sonntags
Tanz im Freien
Bahnstation Buchholz-Friedewald. 45 Minuten vom „Weißen Roß“.

Drucksachen
aller Art liefert
PEUVAG
Dresden, Güterbahnhofstr. 2

Triebischtaler-Fahrradhaus
M. Richter, Meißen
Talstraße 16-18 Telephon 834
Große Auswahl in Herren- u. Damenfahrrädern zu günstigsten Zahlungsbedingungen

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.
Zweigniederlassung Dresden
Vorteilhafteste Bezugsquelle
für alle
Konsum-Waren
25 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen
Lebensmittel-Abteilung im Residenz-Kaufhaus
Weinspezialhandlung mit Probierstube
Johannstraße 15 (gegenüber Schlesinger)
Zigarrenspezialgeschäft Moritzstraße 9
Kohlen-Abteilung Peterstr. 18 (Friedrichstadt)
Die von uns verausgabten wertbeständigen Rückvergütungsscheine werden mit **6% Rückvergütung** vom dem Einkaufswert auf den die Scheine lauten, eingelöst.